

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 17. November 2014**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **39. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr

Ende der Sitzung: 17.48 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 38. Sitzung des Gemeinderates vom 20.10.2014 liegt  
zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schritfführer:**

W.AR. Inge Maderthaner

Gudrun Ortner

### **Entschuldigt:**

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 5.11.2014 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

Zu im Gemeinderat beschlossenen Resolutionen darf ich wie folgt berichten:  
Zum Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Petition für einen IC-Halt in Kremsmünster (DI-Verf-248-2014) hat die Unternehmenszentrale der ÖBB-Postbus GmbH schriftlich mitgeteilt, dass eine solche Schnellbuslinie für die ÖBB-Postbus GmbH nicht eigenwirtschaftlich zu betreiben ist.

## Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur aktuellen Stunde das Thema „Parksituation in der Neustadt“ bekanntgegeben.

GR. Wildfellner: Die Parkplatzsituation in der Neustadt ist ein Thema, welches an Brisanz nicht verliert sondern eher gewinnt. Die Pendler, die Bewohner, die Mitarbeiter und die Patienten des Klinikums Wels haben täglich ein Déjà vu – Erlebnis – finde ich heute einen Parkplatz ja oder nein – wenn ich einen finde, wo befindet er sich? Die Kunden der Welser Kaufmannschaft sind hier noch gar nicht berücksichtigt.

Die Bevölkerung wartet bereits 5000 Tage, d.s. 15 Jahre, auf eine Lösung. Nachdem in der September-Gemeinderatssitzung das Thema Parkhaus von der FPÖ- und ÖVP-Fraktion wieder verschleppt wurde, fordern wir Herrn StR. Kroiß auf, endlich ein Parkplatzkonzept für die gesamte Welser Neustadt mit rasch umzusetzenden bzw. sofort spürbaren Maßnahmen vorzulegen. Es ist jetzt an der Zeit – nicht wieder in 5000 Tagen! Durch den Bau des Tagesklinikums in der Flurgasse gingen wiederum 20 Parkplätze verloren. Das Weihnachtsgeschäft für die Welser Kaufmannschaft steht vor der Tür. Es gibt einen Masterplan Friedhof, aber es gibt keinen Masterplan für die Parkplatzsituation in der Neustadt!

Nachdem wir von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion nicht untätig sind, führte unser Bürgermeister ein Gespräch mit dem Büro des Bundesministers Dr. Stöger. Mit diesem wird es Anfang des nächsten Jahres ein Gespräch über alle offenen Punkte geben. Ihr seht, auch hier greifen wir euch unter die Arme.

StR. Kroiß: Zur Erinnerung, was das Thema Parkhaus in der Neustadt betrifft: Im Juni 2014 haben wir das Konzept der Stadt Wels abgeschlossen betreffend den Neubau eines Parkhauses in Wels Neustadt für 500 Fahrzeuge. Dieses Konzept wurde an die ÖBB mit der Bitte übermittelt, sie mögen einen Planungsvertrag vorbereiten. Im Oktober 2014 wurde dieser Planungsvertrag an die Stadt Wels rückübermittelt. Nicht nur ich bin der Meinung, dass wir diesen Planungsvertrag derzeit so nicht akzeptieren dürfen. Es gab diesbezüglich nicht nur Gespräche zwischen dem Herrn Bürgermeister und Bundesminister Dr. Stöger sondern auch ich sprach mit dem Herrn Bürgermeister bereits mehrmals über dieses Thema. Bgm. Dr. Koits ist ebenfalls der Meinung den Vertrag in dieser Form nicht zu akzeptieren. Wir sollten gemeinsam weitere Gespräche führen.

Die Parkplatzsituation in der Neustadt ist nicht immer zufriedenstellend – hier gebe ich ihnen Recht. Warum ist das so? Kollege Hoflehner erklärte es in der letzten Gemeinderatssitzung sehr gut. Die Neustadt hat sich sehr rasch sehr positiv entwickelt. Es entstanden viele Betriebe, Wohnungen wurden errichtet, Schulen gebaut und auch das Klinikum expandierte. All diese positiven, von uns mitgetragenen Entscheidungen haben einen Nachteil – die Verkehrsentwicklung. Der Verkehr nimmt zu und die Parkplatzsituation verschärft sich.

Die Neustadt konnte sich jedoch nur deshalb so gut entwickeln, weil dies im Örtlichen Entwicklungskonzept so vorgesehen war. Es war bekannt: Die Parkplatzsituation wird sich verschärfen, weil der Parkraum nicht mehr wird und weil fast in jedem Haushalt zwei oder drei Autos vorhanden sind.

Ich versuchte durch Bodenmarkierungen beispielsweise in der Elisabethstraße die Situation etwas zu verbessern, jedoch machte uns hier die Straßenverkehrsordnung einen Strich durch die Rechnung. Wir mussten feststellen, dass durch Bodenmarkierungen der Parkraum weniger geworden wäre und die Anrainer in der eigenen Einfahrt nicht Parken hätten dürfen. D.h. hier hätten wir die Anrainer bestraft, wenn wir das Halten und Parken durch Bodenmarkierungen geregelt hätten. Dies wurde den Anrainern kommuniziert und im Verkehrsausschuss diskutiert. Auch die Vertreter der SPÖ-Fraktion erklärten eine Änderung ist nicht möglich und nicht sinnvoll. Es wurden andere Möglichkeiten geprüft, wie Wohnstraßen, Einbahnen und dergleichen.

Um die Anrainersituation direkt beim Klinikum zu entschärfen, gibt es den Plan in der Flurgasse das Bewohnerparken zu erlauben. Es gibt Gespräche mit der Diözese betreffend Erlaubnis für schräg parkende Autos, um zusätzlich Parkplätze zu schaffen. Es wird hier sowohl etwas getan.

GR. Pernkopf: Zunächst weise ich zurück, dass die ÖVP-Fraktion hier etwas verschleppte! Die Probleme betreffend Parken in der Neustadt sind bekannt, speziell im Gebiet Bahnhof Nord, Wallerer Straße, Römerstraße, Osttangente. Handlungsbedarf ist gegeben. Parkhaus jetzt – es gibt nichts anderes! Das Parkhaus muss so schnell wie möglich errichtet werden. Die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte liegen beim Herrn Bürgermeister und dem zuständigen Verkehrsreferenten.

Ein Bereichskrankenhaus mit mehr als 2500 Bediensteten, täglicher Umgang mit Patienten in diesem Bereich, große Betriebe, zwei Gymnasien usw. sind in der Neustadt vorhanden - das sind die Gründe für die große Anspannung. Auch bei den Betrieben, wie beispielsweise dem Klinikum, ist Handlungsbedarf gegeben. Die Errichtung des Parkhauses wäre ein erster Schritt.

GR. Schönberger: Es geht um die gesamte Neustadt. Wir benötigen ein ordentliches Verkehrskonzept. Die Parksituation vom Bahnhof beginnend bis zum Klinikum Wels ist ein Desaster. Ein Desaster für alle Bewohner aber auch für die Unternehmen. In der schlechteren Jahreszeit ändert sich auch die Parksituation nicht zum Positiven. Die Menschen fahren nicht mehr mit dem Rad oder gehen zu Fuß. Hier keine Kreativität zu zeigen und ein 15-Jahr-Jubiläum zu feiern, ist unter der Ägide der Blau-Schwarzen-Verkehrsreferenten ein trauriges Jubiläum. Kreativität müsste man vom Referenten schon verlangen können. Er sollte sich darüber hinaus Gedanken um Ersatzflächen machen. Sich darauf zu verlassen, dass in dieser Angelegenheit der Herr Bürgermeister handeln muss, ist ein bisschen zu wenig.

Wenn man Friedhofkonzepte, Innenstadtkonzepte in Milliardenhöhe beschließen kann, würde ich auch ganz gerne einmal ein Parkkonzept für die Neustadt beschließen. An diesen kreativen Lösungen ist die Politik aufgefordert zu arbeiten, in erster Linie natürlich der Referent.

Bgm. Dr. Koits: Kolleginnen und Kollegen! Schauen wir, dass wir gemeinsam eine Lösung finden. Die Diskussionen kenne ich bereits sehr lange. Das Thema gehört auf höchster Ebene behandelt. Deshalb meine Bemühungen mit dem Minister einen Termin zu finden, bei dem auch alle anderen Themen, wie Lärmschutz, Welios, vierspuriger Ausbau der B 1 usw. besprochen werden. Ich hoffe, dass dieser Termin in der ersten Hälfte des Jahres 2015 zustande kommen wird.

### Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Richtlinien zur Förderung von Wohnungskosten für Jugendliche, Familien und Alleinerzieher (Wohnkostenförderungsrichtlinien)  
DI-Verf-325-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

#### Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

Vzbgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag befasst sich mit einer Förderrichtlinie, die dem Grunde nach bereits im Sommer 2013 beschlossen wurde. Dabei geht es um allfällige Förderrichtlinien im Zusammenhang mit leistbarem Wohnen, die sukzessive umgesetzt worden sind. Die entsprechenden Budgets wurden im Jahr 2014 gesichert. Nachdem wir kurz vor Ablauf des Jahres sind und bereits im Oktober diese Förderrichtlinie beschließen hätte werden sollen – es gab verschiedene Einwendungen und Anmerkungen anderer Fraktionen – ist es nur mehr durch diesen Dringlichkeitsantrag möglich, diese Förderrichtlinien in diesem Gemeinderat zu beschließen. Für alles andere war die Frist zu kurz. Daraus begründet sich die Dringlichkeit.

Dem Antrag (Anlage 1) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines Atommüllendlagers; Resolution an die Oö. Landesregierung und an die Österreichische Bundesregierung  
DI-Verf-326-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Reindl-Schwaighofer: Dieser Antrag ist dringlich, weil bereits jetzt von der Bundesregierung in dieser Angelegenheit verhandelt wird. Wir sollten mit unserer Initiative deutlich machen, dass auch die Welserinnen und Welser mit einem Atommüllendlager in Grenznähe nicht einverstanden sind. Mit dieser Resolution wird der politische Wille unserer Stadt klar zum Ausdruck gebracht. Die Österreicher und Österreicherinnen sollen durch diese Atommüllendlagerung nicht gefährdet werden. Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben.

Dem Antrag (Anlage 2) der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Stellungnahme zum Verordnungsprüfungsverfahren zur ortspolizeilichen Verordnung Campingverbot im Welser Messegelände  
DI-Verf-327-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung, weshalb sofort die Abstimmung erfolgt.

Dem Antrag (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister hält fest, dass diese Dringlichkeitsanträge am Schluss der Tagesordnung in Verhandlung genommen werden, um auch den Sachantrag beschließen zu können.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Neubau der Volksschule in Wels West  
DI-Verf-311-2014

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir in die Diskussion einsteigen darf ich mitteilen, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gibt, der lautet:

Die sozialdemokratische Fraktion stellt gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels den Abänderungsantrag, dass der Antragstext wie folgt geändert wird. Im vorliegenden Beschlussantrag soll die Beschlussformel verändert werden, sodass die Beschlussformel dann wie folgt lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der notwendige Neubau der Volksschule in Wels West soll in der Noitzmühle verwirklicht werden.
2. Sofortige Einsetzung einer Projektgruppe zur Erarbeitung eines pädagogischen Raum- und Baubuches für die neu zu errichtende VS in Wels West als Grundlage für die Planungsarbeiten.

Bitte diesen Antrag an die Beratungen miteinzubeziehen.

GR. Reindl-Schwaighofer: In der SPÖ-Gemeinderatsfraktion einigten wir uns nach langer Diskussion für einen Neubau einer Volksschule Wels West. Wie sie bereits aus den Berichterstattungen der Medien wissen, muss eine Schule errichtet werden. Wels wächst. Wenn wir uns die Zahlen der Statistik Austria oder des Statistischen Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung ansehen, wird bis 2050 ein guter Teil der oberösterreichischen Bevölkerung im oberösterreichischen Zentralraum leben und diese stärkere Urbanisierung führt dazu, dass gerade in den Städten Schulen neu gebaut und andernorts Schulen geschlossen werden. Gemeinsam verständigten wir uns für den Neubau einer Volksschule. Wenn wir uns das Örtliche Entwicklungskonzept anschauen werden wir sehen, dass die Frage der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler in der Stadt Wels nahezu ungebrochen sein wird und ich sogar die Prognose wage, dass wir in fünf oder sechs Jahren noch einmal darüber diskutieren werden, ob wir nicht wieder eine Volksschule zusätzlich errichten müssen. Wir sind der Meinung, dass gerade in diesem Stadtteil die Bevölkerung am stärksten wachsen wird und daher diese Schule errichtet werden muss.

Der zweite Punkt betrifft die Erarbeitung eines pädagogischen Raum- und Baubuches für die neue Volksschule. Hier bieten wir eine ganz besondere Form der Pädagogik an, um den großen Herausforderungen im Pflichtschulbereich auch in Wels gerecht werden zu können.

Bei Einbringung des Initiativantrages war ich zu optimistisch in der Frage des Standortes. Deshalb schlagen wir diese Abänderung spezifisch auf den Stadtteil Noitzmühle vor. Damit ist ganz klar, dass wir als Stadt mehrere Optionen haben und vielleicht Spekulationen in diesem Bereich verhindern können.

Es geht um bestmögliche Chancen für die Kinder in Wels. Zutiefst überzeugt bin ich auch, wenn wir eine Volksschule planen, müssen wir die besondere Pädagogik in Richtung einer Ganztagschulform anbieten. Alle, die sich mit dieser Materie beschäftigen wissen, dass wir heuer in Wels bei der Schuleinschreibung damit konfrontiert waren, dass viele Eltern einen Ganztagschulplatz suchten und diesen nicht mehr erhielten. Wir im Gemeinderat sind für die Wahlfreiheit. Die Eltern sollen den Schultyp auswählen können, den sie für ihre Kinder möchten. Viele Eltern möchten eine Ganztagsform auswählen, jedoch sind dafür die Plätze zu wenig.

Beim Neu- bzw. Umbau der Schulen Stadtmitte und Mauth gab es bereits vorher ein klares pädagogisches Konzept. Dieses Konzept bot die Planungsgrundlage für die Architekten. Ich ersuche sie diesen Antrag gemeinsam zu beschließen, um die bestmöglichen Grundlagen für die Entwicklung der Kinder in Wels zu bieten.

Vzbgm. Dr. Rabl: Gegenständlicher Antrag ist dem Grunde nach im ersten Punkt berechtigt. Völlig richtig ist, wir brauchen aufgrund unserer Bevölkerungsentwicklung in Lichtenegg einen neuen Schulstandort. Es gab bereits viele Diskussionen. Auch einen diesbezüglichen Wettbewerb, der aufgrund der Kostenüberschreitung jedoch nicht umgesetzt werden konnte. Ein Schulstandort wird schon länger gesucht. Dazu gibt es bereits Verhandlungen. Deshalb ist es gerechtfertigt, dies hier im Gemeinderat noch einmal zu unterstreichen.

Der zweite Teil ist völlig logisch. Wenn ich eine neue Schule baue, muss ich auch wissen welches Raum- und Schulkonzept ich möchte. Nur wenn diese beiden Faktoren am Tisch liegen, kann ich tatsächlich sagen, was überhaupt gebaut werden soll. Der Architekt benötigt konkrete Anweisungen. Dass hier eine Expertenkommission zu Rate gezogen werden soll, ist auch nichts Ungewöhnliches. Das gab es bereits bei der Volksschule Rablstraße/Rainerstraße. Es ist ein guter Weg, den wir in der Vergangenheit wählten.

Was uns jedoch nicht gefällt ist die Begründung. In dieser heißt es, dass gerade dieses Raum- und Baubuch unter der Prämisse einer Ganztagschule zu erarbeiten ist. Entweder Experten machen einen ergebnisoffenen Prozess und sagen, nach unseren pädagogischen Meinungen ist es so, dass diese Schulform für die Noitzmühle richtig ist für die Probleme, die wir dort haben. Oder wir sagen, wir wollen eine Ganztagschule. Derzeit kann und darf die Expertenkommission nur die Ganztagschule prüfen. Dazu sagen wir nein! Wir sind nicht der Meinung, dass eine Ganztagschule unbedingt die ideale Schulform ist. Vor allem auch deswegen, weil sie verpflichtend ist. Das bringt das Problem mit sich, dass die Kinder am Nachmittag gar nicht ihre eigenen Kurse usw. besuchen können, weil sie in der Schule eine Anwesenheitspflicht haben. Das ist eine ideologische Festlegung auf eine Schulform, die die SPÖ propagiert. Das lehnen wir strikt ab.

Wenn wir schon ein Raum- und Baubuch wollen, dann ergebnisoffen. Es kann natürlich sein, dass die Ganztagschule herauskommt. Ich weiß es nicht. Aber schon im Vor-



hinein zu sagen, wir wollen nur eine Ganztagschule und nichts anderes, ist eine Einschränkung, die wir so nicht akzeptieren werden.

Deshalb ist dies klarzustellen in der Richtung, dass wir sagen ergebnisoffen – keine ideologischen Vormerkungen, keine ideologischen Festlegungen auf einen bestimmten Schultyp, bevor nicht die Experten sagen, dass dieser Schultyp auch der richtige ist.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, damit genau diese Punkte noch einmal diskutiert werden können.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 4) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 17 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Christa Raggl-Mühlberger

2.)

vordringlicher Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Frauenförderprogramm 2012, Entfall des Binnen-I  
DI-Verf-314-2014

StR. Raggl-Mühlberger: Der Gemeinderat möge beschließen, den Beschluss zur Chancengleichheit und Gleichbehandlung am Magistrat der Stadt Wels – Frauenförderprogramm 2012 – dahingehend zu ändern, dass im Leitfaden für geschlechtergerechtes Formulieren auf Grund der leichteren Lesbarkeit und Verständlichkeit auf das Binnen-I verzichtet wird.

Nach einer ORF-Aussendung vom 30.10.2014 wird es keine ÖNORM zum Binnen-I geben. Der geschlechtersensible Umgang mit der Sprache wird auch künftig nicht per ÖNORM geregelt. Das sagt das Normungsinstitut Austrian Standards. „Nach heftigen Debatten in den letzten Monaten beschlossen.“ - teilte der Pressesprecher mit. „Ein Normprojekt ist grundsätzlich nur dann möglich, wenn dazu ein breiter Konsens erzielbar ist.“ – erklärte die Direktorin von Austrian Standards. Das Komitee Bürgerorganisation und schriftliche Kommunikation hat im Frühjahr des Jahres den Entwurf für die Überarbeitung der ÖNORM A 1080, mit der die Textgestaltung geregelt wird, vorgelegt. Ein Passus nahm Bezug auf geschlechtergerechte Sprache. Dabei wurde aus Gründen der Vorlesbarkeit vom sog. Binnen-I ebenso abgeraten wie von Kombinationsformen. Anfang September hat das Normungsinstitut auf Grund schwerwiegender Verstöße gegen Grundregeln der Normungsarbeit – so die Begründung – das Komitee aufgelöst.

Die Komitee-Chefin verteidigt die Auflösung derzeit gegen die Durchsetzung von zweifelhaften politischen Zielen. Mitte Oktober wurde zu einem Dialogforum zum Thema eingeladen. Auf dieser Grundlage viel nun die Entscheidung der Geschäftsführung in enger Abstimmung mit der Frage des Binnen-I vom Normungsprozess fernzuhalten. Lt. Normungsinstitut Austrian Standards ist das Binnen-I stilistisch nicht zu empfehlen und durch keine Rechtschreibregel gerechtfertigt und daher zu vermeiden.

In einem offenen Brief an die Bildungs- und Frauenministerin Heinisch-Hosek sowie Wissenschafts- und Wirtschaftsminister Mitterlehner unterstützen mittlerweile 800 Personen, darunter auch hochrangige Sprachwissenschaftler, die Initiative „Rückkehr zur Sprache – sprachlichen Normalität und Aus für das Binnen-I“. „Die derzeit durch den Frauenförderungsplan von oben her verordnete konsequente getrenntgeschlechtliche Formulierung stört die gewachsene Struktur der deutschen Sprache bis hin zur Unlesbarkeit und Unverständlichkeit.“ - heißt es in diesem offenen Brief. Sprache dient nämlich sowohl in mündlicher als auch in schriftlicher Form einzig und allein der problemlosen Verständigung und nicht der Durchsetzung partikulärer Interessen. Lt. jüngsten Umfragen lehnen 85 – 90 % der Bevölkerung und 61 % der Frauen die gegenwärtige Praxis der Textgestaltung im öffentlichen Bereich ab.

Wir Frauen definieren uns bestimmt nicht durch eine Frauenquote, durch ein Halbe-Halbe-Gesetz oder durch ein wie es scheint doch sehr zweifelhaftes Binnen-I. Dieses Sichtbarmachen geht an der Realität vorbei und hilft uns Frauen in Wirklichkeit nicht. Wir sollten uns wehren gegen Einkommensnachteile, unzureichende Kinderbetreuung, niedrige Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder aber auch geringere Pensionen. Ich bitte um Diskussion.

GR. Mag. Mayerhofer: Frau StR. Raggl-Mühlberger hat sich den geschlechtergerechten Leitfaden des Magistrates nicht sehr intensiv angeschaut, denn dort heißt es in der Einleitung: „Sprache lebt und verändert sich. Sie spiegelt die Gesellschaft wieder und schafft Bewusstsein. Außerdem ist Sprache eines der mächtigsten Mittel, das uns zur Verfügung steht.“ Der Leitfaden, der am Magistrat Wels entwickelt wurde, ist keine Verpflichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er soll ihnen eine Stütze sein, um eine geschlechtergerechte Sprache anzuwenden. Eine geschlechtergerechte Sprache war das Ziel für den Magistrat Wels.

Wir haben im Rahmen des Gleichbehandlungsprogramms 2012 das Leitziel Nr. 7 beschlossen, welches sagt, dass uns die sprachliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein Anliegen ist. Von daher möchte ich einen Brief von Sibylle Hamann zitieren, weil Kollegin Raggl-Mühlberger die „besagten Achthundert“ ansprach. Sibylle Hamann beschreibt darin: „Welche Normalität soll es denn sein? Jene vor drei, vor fünfzig oder vor hundert Jahren? Ist es da normal, dass eine Frau Deutschland regiert, dass ein Schwarzer US-Präsident ist? Wenn sich ein Ding oder ein Zustand wesentlich verändert, kann seine Bezeichnung nicht dieselbe bleiben.“ Ich denke, das ist es, was wir versuchen mit diesem Leitfaden zu vermitteln. Sprache verändert sich, Gesellschaft verändert sich und der Magistrat Wels versucht diesem Rechnung zu tragen.

GR. Markus Wiesinger: Als ich die Einladung zu dieser Gemeinderatsitzung bekam, schämte ich mich als Gemeinderat. Warum? Wenn wir von elf Tagesordnungspunkten nur vier Sachanträge haben, frage ich mich schon was wirklich wichtig ist. Wir leisteten alle die Gelöbnisformel. Warum wird eine Gemeinderatsitzung einberufen, wenn es nur

vier Sachanträge gibt? Wir wissen, die Stadthalle ist zu beheizen, viele Magistratsbedienstete sind anwesend – das bedeutet Kosten.

Liebe Christa, du hast sechs Minuten über ein Thema gesprochen, Chancengleichheit – Gleichbehandlung. In diesen Minuten wurde mir bewusst, dass es den Frauen deshalb nicht besser gehen wird. Es wurde im Gemeinderat ein Frauenförderprogramm beschlossen, welches de facto für den Bürger keine Auswirkung hat. Das Binnen-I gibt es in keiner Verordnung, in keiner Richtlinie. Was hilft es einer Mitarbeiterin im Gemeinderat, wenn bei einer internen Korrespondenz das Binnen-I verwendet wird? Außer, wie bereits im Antrag erwähnt, dass es etwas schwieriger zu lesen ist.

Da dieser Leitfaden keine Auswirkungen für den Bürger hat, wird es auch keine Auswirkungen haben, wenn es diesen Leitfaden nicht gibt. Deshalb bin ich der Meinung wir können uns das Binnen-I sparen – wir werden diesen Antrag unterstützen.

Bgm. Dr. Koits: Danke Herr Kollege Wiesinger! Zu ihrer Bemerkung betreffend Initiativanträge darf ich sagen, die Fraktionen müssen sich hier selbst bei der Nase nehmen. Denn sie sind es, die die Initiativanträge stellen. Reichen sie nur wirklich Initiativanträge ein, wenn sie hundertprozentig davon überzeugt sind.

GR. Prof. Mag. Teubl: An und für sich kann man natürlich schon sehr in Frage stellen, ob es sinnvoll ist über ein solches Pipifax-Thema hier so lange zu diskutieren. Aber da es nun einmal passiert, muss man auch darauf eingehen.

Mich wundert etwas, dass es hier einen Antrag gibt über eine Empfehlung, die an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses ging und nun verändert werden soll. Wenn wir jetzt schon beginnen alle Anweisungen, Empfehlungen und sonstige Schreiben, die irgendwo intern im Magistrat verteilt werden, hier im Gemeinderat zu diskutieren und daraufhin abzuändern, ob sie uns gefallen oder nicht gefallen, dann haben wir hier unseren Job verfehlt.

Weiters wundert mich, dass die Freiheitliche Partei plötzlich überhaupt nicht mehr für Wahlfreiheit ist. Das zeigte sich bereits im vorhergehenden Antrag, in dem Vzbgm. Dr. Rabl plötzlich nicht für die Wahlfreiheit der Eltern ist für Kinder den Schultyp zu wählen, der für sie günstig ist. Hier gibt es vielleicht auch Eltern, die eine Ganztagschule mit verschränktem Unterricht wünschen, die wir derzeit im Stadtgebiet Wels noch nicht haben.

Zu diesem Thema sollte es ebenfalls die Wahlfreiheit der Menschen sein, auf welche Art und Weise sie gendergerecht das Schreiben umsetzen. Es gibt keine ideale Lösung dafür und es wird sich im Laufe der Zeit vielleicht herausstellen was besser geeignet ist. Was aber an dem Binnen-I jetzt so schlimm ist, kann ich tatsächlich nicht erkennen. Ich nehme ja doch nicht an, dass sie sich den radikalsten Feministinnen anschließen, die das Binnen-I deshalb ablehnen, weil dieses I mitten im Wort als Phallussymbol gesehen wird. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Ich kann mir also nur vorstellen, dass ihnen sonst etwas nicht daran gefällt und eines sagten sie bereits – die schwere Lesbarkeit. Auch dem kann ich nicht ganz folgen, denn die Lesbarkeit ist relativ einfach erklärt. Wenn Gemeinderätinnen mit Binnen-I steht, lese ich zunächst das Wort zur Gänze und dann noch einmal bis zum Binnen-I. Es ist

nicht wirklich schwierig. Aber man kann es natürlich auch als kompliziert ansehen und dann muss man hier einen Antrag stellen für Unsinnigkeiten.

Dass die ÖVP dies kritisiert finde ich gut. Dass sie dennoch diesem eigentlich etwas skurrilen Antrag zustimmen will, ist für mich unverständlich.

GR. Haböck: Natürlich ist dieser Antrag etwas skurril. Aber das ist es halt, womit sich die Referentin für Energie und Umweltfragen der Stadt Wels auseinandersetzt. Dazu habe ich jedoch eine ganz klare Meinung. Wir stellten bereits fest, es handelt sich nur um einen Leitfaden. Ja, geschätzte Bürgerinnen und Bürger, wir diskutieren hier wirklich über einen hausinternen Leitfaden. Sie glauben es kaum. Da es eben nur eine Empfehlung ist, halte ich es hier mit Montesquieu: Wenn es nicht notwendig ist ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig kein Gesetz zu machen. Da es nur eine Empfehlung ist, ist es nicht notwendig dies zu regeln. Wahlfreiheit – schön, dass dies im Gemeinderat einmal gesagt wird, dass Freiheit etwas Wichtiges ist. Dadurch können wir diesen Antrag sehr gut unterstützen und werden die Zustimmung erteilen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Hundertprozentig unterstreiche ich die Worte meines Vordredners – es ist skurril. Wenn sie sich beispielsweise die heute aufgelegte Broschüre der Stadt Wels „Neue Mittelschulen & Gymnasien in Wels“ oder den von der FPÖ- und ÖVP-Fraktion eingebrachten Antrag samt Beilage anschauen, wird in diesen das Binnen-I verwendet. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, entweder dass die Referenten gar nicht wissen was in ihren Schriftstücken steht oder es ist eigentlich egal was darin enthalten ist, Hauptsache wir können im Gemeinderat einen „Aufreger“ produzieren. Hauptsache wir können den Schenkelklopfern sozusagen ein Thema präsentieren. Das ist es, was ich der FPÖ unterstelle – es geht nicht darum, was mit Engelszungen gesagt wird, sondern es geht darum, um eventuell Menschen in dieser Frage zu mobilisieren, dass natürlich Sprache ein Ausdruck ist, wie die Stellung einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht in unserer Gesellschaft aussieht. Gerade die deutsche Sprache ist eine sehr schwere Sprache und hat durch ihre Nuancen starke Ausdifferenzieren, wo genau diese auch Werthaltungen transportieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Uns soll allen klar sein, dass die Vorbildwirkung, die man als Gemeinderat, als Volksvertreter in einer Kommune hat, auch wahrzunehmen ist und eigentlich ist es wirklich zum Genieren so einen Antrag vorliegen zu haben und zu diskutieren.

StR. Zaunmüller: Die vom Kollegen Reindl-Schwaighofer angesprochene Broschüre gibt mir die Gelegenheit sie besonders darauf hinzuweisen. Diese Broschüre ist ein Leistungspapier der Stadt Wels an Schulen und Bildung. Hier ist jeder Cent und jeder Euro bestens investiert, dann wir investieren in die wichtigsten Menschen in unserem Leben - unseren Kindern und Kindeskindern. Der Inhalt ist wichtig und nicht dieser skurrile Disput. Meine persönliche Meinung dazu ist, der Frau gegenüber oder dem weiblichen Geschlecht gegenüber bringe ich meine Wertschätzung und meine Anerkennung auf eine ganz andere Art und Weise dar. Da brauche ich keine komplizierte Form wählen mit Kolleginnen und Kollegen. Ich halte das gesamte Thema für ziemlich entbehrlich.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die hier demonstrierte Aufregung der SPÖ ist für mich etwas unverständlich. Jedes Mal wenn wir einen Antrag stellen, welcher der SPÖ nicht passt, treiben wir etwa „die Sau durch´s Dorf“ (Zitat Reindl-Schwaighofer) oder wollen einen Auf-

reger produzieren. Es geht aber hier schon um ein bisschen mehr als nur einen Aufreger zu produzieren. Sprache ist bekanntlich auch Ausdruck einer gewissen Haltung und Frauenförderung endet bei uns nicht bei einem Binnen-I sondern diese geht aus unserer Sicht viel weiter. Mit dem Binnen-I soll lediglich verdeckt werden, dass die SPÖ in der Frauenförderung bisher nichts weiterbrachte. Das wollen wir in diesem Zusammenhang aufzeigen.

Lieber Johnny! Deine eigenen Initiativanträge haben wir uns durchgesehen. Du verwendest bei zahlreichen von dir selbst formulierten Anträgen in keiner Weise ein Binnen-I. Du hältst dich daher nicht an deine eigenen Vorgaben. Das ist schon einigermaßen eigenartig. Jedoch verzeih ich dir dies als Schlampigkeitsfehler, die ja immer wieder einmal passieren.

Wir glauben Frauenpolitik lässt sich nicht an einem „I“ erkennen und nachweisen, ob dies wertemäßig der falsche Weg ist. Wir glauben, dass Frauenpolitik anders gefördert werden soll, nämlich gerade durch die Wahlfreiheit, die wir den Müttern und Frauen ermöglichen wollen. Das trifft sich auch bei den Schultypen, wo wir nicht sagen jeder muss in eine Ganztagschule gehen, sondern kann in eine Ganztagschule gehen, wenn er möchte. Also diese ideologische Festlegung der SPÖ in dieser Frage halten wir für den falschen Weg und das falsche Signal. Das Binnen-I ist nur ein Symbol für etwas, das für wesentlich mehr steht. Gerade aus diesem Grund wollen wir Klarheit schaffen. Klarheit auch für die Verwaltung, die sich daran ergötzt Berichte auszubessern, damit dies alles gendergerecht formuliert ist. Das ist der erste und sinnvollste Weg in der Verwaltung sparsam umzugehen und das Binnen-I von vorne herein gar nicht erst umzusetzen. Um diese Klarheit geht es hier. Deswegen ist der Antrag keineswegs so skurril wie es erscheinen mag, sondern hat praktische Bedeutung auch im Rahmen der Verwaltung.

StR. Raggl-Mühlberger: Danke für die Wortmeldungen. Es ist keineswegs ein Pipifaxthema, wie dies die GRÜNEN oder die SPÖ darlegen. Wenn man am 30.10.2014 bereits in den Zeitungen liest, dass Universitäten Arbeiten schlechter beurteilen, nur weil nicht richtig gegendert oder das Binnen-I nicht richtig angewandt wurde, obwohl es dafür nicht einmal eine Rechtschreibregel gibt, so finde ich das Thema nicht mehr als Pipifax. Darum sollte auf das Thema sehr wohl geschaut werden.

Wenn 80 bis 90 % der Bevölkerung gegen ein Binnen-I sind, muss man sich vielleicht einmal eingestehen, dass dieser Weg nicht der richtige war. Ich bitte um Abstimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 5) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 17 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse neuerlich abgeändert wird (7. Novelle der GOGR)  
DI-Verf-322-2013

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss vom 21.10.2014:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 7. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Unterausschuss Direkte Demokratie; Resolution zur Änderung des Statutes für die Stadt Wels 1992  
DI-Verf-049-2014

Vzbgm. Wimmer: Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich mitteilen, dass von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion ein Zusatzantrag vorgelegt wurde, der lautet:

Die Resolution an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung in Punkt I.16. soll wie folgt ergänzt werden:

„Haben sich nach Abs.6 weitere zwei Prozent der Bürger angeschlossen, ist eine Volksbefragung (§ 68 StW), bei fünf Prozent der Bürger eine Volksabstimmung (§ 67 StW) durchzuführen.

Punkt I.16. § 69 Abs.6a lautet:

„(6a) Haben sich nach Abs. 6 weitere zwei Prozent der Bürger angeschlossen, ist eine Volksbefragung (§ 68 StW), bei fünf Prozent der Bürger eine Volksabstimmung (§ 67 StW) durchzuführen. Haben sich insgesamt weitere 21.000 Bürger angeschlossen, so hat der Gemeinderat einen entsprechend positiven Beschluss zu fassen und ist in seiner Beschlussfassung gebunden.“

Bitte diesen Zusatzantrag in der Debatte mitberücksichtigen.

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss vom 21.10.2014:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Resolution an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung betreffend Änderung des Statutes für die Stadt Wels 1992 beschließen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Zuerst muss ich sagen, dass die gegenständliche Resolution in mehreren Sitzungen gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Herrn Bürgermeister sehr konstruktiv erarbeitet wurde und wir genau feststellten, welchen Reformbedarf das Statut der Stadt Wels und einzelne Bestimmungen daraus tatsächlich haben. Man sieht, mit gemeinsamer Arbeit gelangt man wirklich zu einem guten Ergebnis, indem sich alle beteiligten Parteien wiederfinden. Das ist ein sehr guter Schritt und zeigt, durch konstruktive gemeinsame Arbeit kann ein sinnvolles Ergebnis erzielt werden.

Als wir dies gemeinsam im Ausschuss berieten, kamen wir zum Ergebnis, dass noch Instrumente der unmittelbaren Demokratie einfließen sollten, nämlich die Volksbefragung einerseits und die Volksabstimmung andererseits. Die Volksbefragung nicht verbindlich, die Volksabstimmung sehr wohl verbindlich für den Gemeinderat mit den verschiedenen Quoren, die erforderlich sind, um ein derartiges Instrument in Gang zu setzen. Hier vertrat Vzbgm. Lehner die Position der ÖVP - es wäre dies ein sehr sinnvolles Instrument. Auch Bgm. Dr. Koits unterstützte diesen Vorschlag. Deshalb erarbeiteten wir in der Folge diesen Zusatzantrag gemeinsam.

Betonen möchte ich, dass durch diese Resolution der Landtag in keiner Weise eingeschränkt wird in seiner späteren Beschlussfassung. Wir stellten nur im Ausschuss fest, dass zwischen zwei und fünf Prozent aus unserer Sicht ein Quorum ist, das einigermaßen den Willen einer Bevölkerung zur Durchführung einer derartigen Abstimmung entstehen lässt. Daher glauben wir dieses Quorum nicht vollkommen ignorieren zu können wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen für eine Stadt zu treffen.

Nachdem bereits alle anderen Parteien im Landtag signalisierten, dass es hier eine Senkung dieser unmittelbaren demokratischen Elemente geben soll, sollte auch die Stadt Wels ihren klaren Willen für eine Umsetzung bekunden. Dieser Zusatzantrag soll daher in die Diskussion aufgenommen und mitbeschlossen werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst erwähnen möchte ich, dass dies ein sehr intensiver zweijähriger Diskussionsprozess war, wo im Wesentlichen die Fraktionsvorsitzenden mit den Kolleginnen und Kollegen des Magistrates, dem Bürgermeister die verschiedenen Varianten einer erweiterten Möglichkeit der Bürgerbeteiligung, Geschäftsordnungen usw. diskutierten.

Im Zuge dieser Diskussionen entstanden beispielsweise nach einem Wunsch des Fraktionsvorsitzenden der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion die vordringlichen Initiativanträge, wobei ich bei der Frage der vordringlichen Anträge eine andere Meinung habe. Ich würde sagen, es sollten alle Fraktionen mit vordringlichen Initiativanträgen sorgfältiger umgehen und nicht das Gefühl haben jede Tagesordnung muss einen vordringlichen Antrag jeder Fraktion enthalten. Es sollte dies auch ein vordringliches Thema sein.

Bezüglich konstruktiver Diskussion möchte ich die Aussagen von Vzbgm. Dr. Rabl unterstreichen. Sie war sehr stark davon getragen, dass wir als Stadt natürlich auch die Beteiligung der Bürger brauchen. Wir sollten sie auch wollen. Die Frage der Bürgerbeteiligung ist meiner Ansicht nach die Frage, ob sich Menschen für ihre unmittelbare Lebens- und Wohnumgebung interessieren, ob sie bereit sind sich dafür einzusetzen. Wenn wir Bürger haben, die bereit sind mitzuarbeiten, die bereit sind gemeinsam mit der gewählten Politik die Stadt zu entwickeln, sich für die Menschen zu interessieren, dann müssen wir natürlich diesen Menschen die Möglichkeit der direkten Beteiligung und des direkten Eingriffs in die politischen Prozesse geben.

Die Diskussion war getragen von diesem Willen. Wir erzielten sehr gute Ergebnisse, die einerseits absichern, dass keine Pipifax-Geschichten irgendwie durchschlagen, weil die Quoren so niedrig gesetzt sind, aber auf der anderen Seite auch die Quoren nicht so gewählt sind, dass sie in Wirklichkeit abschrecken irgendetwas in diese Richtung zu unternehmen. Ich möchte mich bei allen Beteiligten herzlich bedanken für diesen Diskussionsprozess und darauf hinweisen, dass diese Resolution an das Land OÖ gerichtet ist auch im Dialog mit den anderen Statutarstädten, um eine gemeinsame Veränderung in den Statuten der oberösterreichischen Statutarstädten diskutieren zu können.

GR. LAbg. Dr. Csar: Diese Resolution ist das Ergebnis sehr intensiver Beratungen im Ausschuss und Gesprächen der Fraktionsvorsitzenden. Es ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Die Minderheitenrechte werden gestärkt in Form der Bürgerbeteiligung.

Bereits im Oberösterreichischen Landtag wurde dieses Thema diskutiert. Der Unterausschuss setzte sich intensiv damit auseinander. Eines muss ich jedoch deutlich sagen: Wenn wir im Gemeinderat diese Resolution beschließen, ist jedoch nicht gewährleistet, dass der Landtag dies auch so entscheiden wird. Das Bestreben der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ist natürlich die Minderheitenrechte dementsprechend voranzutreiben, hervorzuheben und auch zu stärken. Die Bürgerbeteiligung ist uns ein besonderes Anliegen. Wir ersuchen um gemeinsame Beschlussfassung.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die Bemerkungen ihrerseits. Die Diskussionen in den Ausschusssitzungen waren sehr konstruktiv. Eine Bürgerbeteiligung gibt es in unserer Stadt in vielfältiger Form. Hier im Statut kommt noch ein weiteres Element dazu, dass den Bürgern der Zugang zur direkten Beteiligung erleichtert wird. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Kollege Csar sagte, was wir heute beschließen und an das Land OÖ weitergeben heißt tatsächlich noch nicht, dass dies dann im Statut der Stadt Wels so verankert wird, denn es sind in Oberösterreich drei Statutarstädte und aus der langjährigen Praxis des Landtages zeigt sich, dass man versucht wesentliche Bestimmungen für alle Statutarstädte gleich festzulegen. Daher wird es hier noch einen entsprechenden Diskussionsbedarf geben. Wünschen würde ich mir, dass der Landtag oder der Unterausschuss des Landtages auch die entsprechenden Vertreter der Städte einlädt, um hier zu diskutieren und einen gemeinsamen Weg auf Landesebene zu finden. Bitte um Beschlussfassung.



Der Zusatzantrag (Anlage 7) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 8) wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

5.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Örtliches Entwicklungskonzept 2015 – 2015; Sicherstellung  
von Baulandreserven für den sozialen Wohnbau  
DI-Verf-315-2014

Vzbgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag beschäftigt sich mit einem Thema, welches immer mehr zu einem bundesweit relevanten Problem wird – dem leistbaren Wohnen. Heute hörten wir bereits dazu einen Dringlichkeitsantrag. Das Problem ist einfach geschildert: Baulandreserven werden gerade in der Stadt Wels immer weniger. Dadurch steigen die Preise für Bauland sehr stark und überproportional an. Das hat zur Konsequenz, dass der soziale Wohnbau, insbesondere der genossenschaftliche und sozial geförderte Wohnbau, über kaum mehr freie Bauflächen verfügt, die auch leistbar sind. Jeder weiß, der Grundstückspreis schlägt sich natürlich auf den Quadratmeterpreis, auf die Wohnanlage um. Je teurer der Grundstückspreis ist, umso teurer sind in der Folge auch die Mieten, die dadurch überproportional ansteigen. Dankenswerterweise haben wir aufgrund der hervorragenden Arbeit der zuständigen Beamten im Örtlichen Entwicklungskonzept für die Jahre 2015 – 2025 erhoben, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt 2200 neue Wohnungen benötigen. In diesem Zusammenhang danke ich Vzbgm. Lehner für seine umfassende Arbeit, der genau ausrechnen ließ, wie hoch der örtliche Baulandbedarf dafür im Konkreten ist. Das sind 83 ha und Wohnraum brauchen wir für 4557 Personen. Eine Zahl, die einem kleinen Dorf entspricht und an der man erkennen kann, wie groß die Flächen sind, die dafür zukünftig erforderlich sein werden.

Aus der Vergangenheit der letzten 10 Jahre wissen wir, dass ca. 1600 Personen in einen mehrgeschossigen Wohnbau ziehen werden. D.h. alle anderen Zuwanderer nach Wels ziehen in Ein- oder Zweifamilienwohnhäuser. Für diese 1632 Personen, die in den

sozialen Wohnbau ziehen werden, brauchen wir 24 ha Grund. Das ist der sich daraus ergebende Flächenbedarf.

Wir sind daher der Meinung, dies wurde bundesweit sehr stark diskutiert, dass man zukünftig im Rahmen einer Widmungskategorie ausdrücklich aufnehmen sollte, dass diese Bauflächen dem sozialen Wohnbau vorbehalten sind, um in diesem Zusammenhang eine Preisbremse zu erreichen. Das Ziel ist günstigen Wohnbau im Sozialbereich weiterhin zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang möchte ich ebenfalls betonen, dass wir davon ausgehen, dass der Motivenbericht Bestandteil des Örtlichen Entwicklungskonzeptes ist und dass man auch dort verankern könnte, dass zukünftig derartige Widmungsfragen berücksichtigt werden, insbesondere dass es zu einer eigenen widmungsmäßigen Ausweisung dieser Baulandflächen für den sozialen Wohnbau kommt.

GR. Schönberger: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schönberger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 9) an den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

6.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Radhauptroute von Linz nach Marchtrenk; Resolution an  
das Amt der Oö. Landesregierung  
DI-Verf-317-2014

StR. Kroiß: Dieser Tagesordnungspunkt beinhaltet eine Resolution an das Land Oberösterreich betreffend die Radhauptroute von Linz nach Marchtrenk. Nicht nur die Stadt Wels nimmt sich verstärkt dem Radverkehr an, sondern auch das Land Oberösterreich. Dieses präsentierte am 29. Oktober 2014 einen Plan zur Ausarbeitung von Radhaupttrouten im Großraum Linz. Dabei sind neben Routen, z. B. nach Enns oder St. Florian auch Radhaupttrouten von Linz nach Marchtrenk geplant. Wobei diese Route erst in einem weiteren Planungsschritt im Detail ausgearbeitet werden soll.

Wir haben hier also noch genügend Zeit damit seitens des Landes Oberösterreich diese Radhauptroute bis nach Wels weitergeführt wird. Es macht natürlich Sinn, wenn diese Route nicht in Marchtrenk endet, sondern bis Wels weitergeführt wird und in das bestehende Radwegenetz einmündet. Der Resolutionstext soll lauten: „Der Gemeinderat der

Stadt Wels ersucht die geplante Radhaupttroute von Linz nach Marchtrenk soll bis Wels weitergeführt werden.“

GR. Buttinger: Natürlich kann man diese Resolution nur unterstreichen. Wir sind auch dafür, dass diese Haupttradroute von Linz ausgehend über Marchtrenk nach Wels weitergeführt wird. Nur sind wir der Meinung, das ist zu wenig.

Es wird notwendig sein, dass wir auch von der Stadt Wels her gemeinsam mit den Umlandgemeinden und dem Land Oberösterreich, ähnlich wie es die Stadt Linz durchführte, ein umfangreiches Konzept erstellen, um mehrere derartige Haupttradrouten zu errichten. Auch unter finanzieller Beteiligung des Landes Oberösterreich, wie es in Linz bei diesem Modell der Fall ist. Hier wurden 60 % der Kosten vom Land übernommen und 40 % zahlt die Stadt. Dann ist ein weiterer Schritt in Richtung Radfahren in Wels gesetzt.

Wenn ich sage Radfahren in Wels, so hat das in den letzten Wochen wieder an Dynamik gewonnen. Vor einigen Wochen gab es ein Gespräch bei Herrn Bürgermeister mit den Fraktionsvertretern, den Verkehrssprechern der einzelnen Fraktionen und mit Vertretern des Vereines „Welser Radler“. Bei diesem Gespräch schlug ich vor zumindest zwei Mal im Jahr einen Runden Tisch zum Thema Radfahren in Wels abzuhalten. Der Verkehrsreferent reagierte sehr rasch und rief diesen ersten Runden Tisch bereits ein. Bei diesem waren Vertreter der „Welser Radler“, die Radbotschafter, Fachbeamte, Verkehrssprecher der Fraktionen dabei. Es war ein sehr interessantes Gespräch. Es kamen viele Vorschläge der „Welser Radler“ auf den Tisch. Gleichfalls einigten wir uns sich zumindest zwei Mal im Jahr in dieser Form zu treffen. Bei der Umsetzung sollen Schritte gesetzt und mittelfristig daran gearbeitet werden, das Radfahren in Wels noch attraktiver zu machen.

Wenn ich sage kurzfristig, gehe ich davon aus, dass bereits im Jänner im zu beschließenden Jahresprogramm für den Straßenneubau, die Straßenerhaltung, den Radwegneubau, der Radwegerhaltung usw. Maßnahmen gesetzt werden. Auch im Budget des Verkehrsreferenten sollen einige Maßnahmen für Radfahrer vorgesehen werden. Denn hier ist schon Handlungsbedarf gegeben. Wir sollten versuchen doch die Situation zu verbessern - das ist Aufgabe der Mitglieder im Gemeinderat. Ich bitte deshalb den Referenten so weiterzuarbeiten, die ersten Umsetzungsschritte einzuleiten und beim Jahresprogramm 2015 die bereits vorgesehenen Maßnahmen einzuarbeiten.

GR. Wartinger: Es gibt bereits sehr viele Radwege, z. B. von Sattledt nach Wels, von Grünau nach Sattledt oder von Wels nach Linz an der Traun. Diese werden viel frequentiert. Jedoch in der Stadt Wels fehlen noch einige Radwege, beispielsweise an der stark befahrenen Salzburger Straße oder an der Linzer Straße Richtung Marchtrenk.

Die Neinergutstraße ist zwar im Straßenbauprogramm aufgezählt. Einen Radweg wird es aber nur geben, wenn die budgetären Mittel ausreichen. Es befindet sich ein Streifen auf der Neinergutstraße mit dementsprechenden Markierungen, jedoch ist kein hindernisloses Vorbeikommen möglich. Gerade im Stadtteil Laahen wurden viele Häuser gebaut. Darum wäre ein Radweg Richtung Fernreith sehr wichtig. Im Ortsteil Neustadt fehlen ebenso sehr viele Radwege, aber auch in der Europastraße, ab der Noitzmühlstraße bis zur Salzburgerstraße. Zwischen Marchtrenk und Wels gab es bereits einmal neben der Bundesstraße einen Radweg. Leider wurde dieser durch die Verbreiterung der Straße aufgelassen.

GR. Leitinger: Natürlich freuen wir uns, wenn der Verkehrsreferent eine Initiative in Richtung Unterstützung und Förderung des Fahrradverkehrs setzt, denn in den letzten Jahren war davon leider nicht allzu viel zu bemerken. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir bereits am 28.3.2013 einen ähnlichen Antrag stellten.

Dieser Antrag lautete: „Die Fahrradberatung durch das Land Oberösterreich soll in Anspruch genommen werden.“ Das wurde auch getan. Jedoch der zweite Teil unseres Antrages, der lautet „Beantragung der Förderung zur Planung von Fahrradhaupttrouten“ war dem Verkehrsreferenten leider nicht verständlich. Damals ging es darum, dass die Stadt Wels Planungsgrundlagen für gemeindeübergreifende Fahrradhaupttrouten entsprechend den Förderrichtlinien des Landes Oberösterreich ausarbeitet. Ich kann mich erinnern - damals schickte ich Herrn StR. Kroiß den Link dazu. Für unsere Radlerinnen und Radler ist es wichtig nach Marchtrenk fahren zu können. Ich möchte jedoch auf der Umsetzung des gesamten Antrages bestehen. Es geht nicht nur darum, eine Fahrradhaupttroute nach Marchtrenk zu haben, schön wäre es auch in alle Richtungen radeln zu können und wenn die Menschen aus den Umlandgemeinden, die nicht das Auto benutzen möchten um nach Wels zu kommen, eine gute Fahrradhaupttroute vorfinden. Das bedeutet, sehen wir uns das Ganze an und arbeiten wir endlich an einer Umsetzung.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Rabl.

GR. Reindl-Schwaighofer: Fahrradfahren muss mehr sein als nur Freizeitradeln. Fahrradfahren sollte als innerstädtische Verkehrsmöglichkeit begriffen werden. Erinnern darf ich, dass die Sozialdemokratische Partei bereits vor drei Jahren einen umfassenden Antrag zum Thema Fahrradfahren in der Stadt Wels stellte. Ich sehe nur, dass viele dieser Punkte - wie bereits erwähnt - gar nicht diskutiert wurden. Wir sind leider bei den Ergebnissen der Fahrradberatung hängen geblieben. Dies war zwar eine tolle Geschichte, bei der alle Fraktionen mitgearbeitet und auch der Referent partizipiert bis heute von den Ergebnissen. Jedoch sollte dieses Ergebnis als Ergebnis aller zu verstehen sein, auch wenn er jetzt so tut als würde er ein großes Herz für Fahrradfahrer haben.

Aber vielleicht darf ich noch einen zweiten Punkt anmerken: Wenn man sich internationale Radnetze ansieht, gibt es immer die Möglichkeit Verbindungen herzustellen. Ich persönlich kenne Menschen, die einmal im Jahr den Donauradweg von Passau nach Wien fahren. Diese würden Varianten, wie zum Beispiel einen Anschluss vom Donauradweg zum Traunradweg, in Anspruch nehmen, sollte es diesen geben.

Das bedeutet wir hätten die Möglichkeit uns in diesen großen überregionalen europäischen Fahrradnetz anders einzutragen, damit wir eventuell aus diesem Bereich Freizeittouristen in unsere Stadt bringen. Ich würde ersuchen, bei dieser Diskussion stärker auf die oberösterreichweite Einbindung zu achten. Dann könnte unsere schöne Stadt Wels ein Ziel für diese Fahrradtouristen sein.

StR. Kroiß: Danke für die durchaus positiven Wortmeldungen. Ich muss jedoch einiges klarstellen. Die Fahrradberatung wurde schon lange vor dem Antrag der GRÜNE-Fraktion von mir in Anspruch genommen. Durch die Fahrradberatung hatte ich bereits zuvor Kontakt mit dem Land Oberösterreich.

Lieber Johnny, wenn du sagst die Fahrradhaupttrouten sind eher für den Freizeitbedarf, dann ist das falsch. Diese Routen sind eher für Berufsradler gedacht, die mit dem Fahrrad in die Arbeit fahren, um im innerstädtischen Bereich leichter Parken zu können. Die größeren Städte, wie Kopenhagen, sehen es schon als Verbindung für Berufsradler, die mit dem Rad zur Arbeit fahren. Das ist auch durchaus sinnvoll.

Zum Vorwurf der GRÜNEN, dass ich zum Thema Radfahren nichts unternehme, möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren sehr viel unternahmen. Zum Beispiel wurden Radwegerweiterungen in der Vogelweiderstraße vorgenommen und die Bodenmarkierungen erneuert. Die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht auf einigen Straßen wurde erprobt. Die Magazinstraße wurde heute fertig. Ebenso wurden Radhaltegriffe angebracht. Die Radroute Wels-Laahen ist kurz vor der Fertigstellung und vieles mehr. Diese Maßnahmen wurden natürlich unter Einbindung der Radbotschafter vom Verein der „Welser Radler“ gesetzt.

Welche mittelfristigen Maßnahmen noch getätigt werden können, hängt vom Budget ab. Betonen möchte ich jedoch auch das räumliche Problem. Anstatt beispielsweise in der Salzburger Straße zu fahren, wäre es sicherer auf der parallel verlaufenden Hinterschweigerstraße Richtung Westen zu radeln. Zum Thema Linzer Straße kann ich nur empfehlen auf dem Radweg stadtauswärts in der Hans-Sachs-Straße zu fahren. D.h. sicher fährt man auf einem Radweg Richtung Osten. Der Radweg auf der Neinergutstraße war ein Wunsch der Bevölkerung – diesem wurde entsprochen. Wir versuchen dieses Lückenschloss verschiedener Radwege nach budgetärer und räumlicher Möglichkeit zu schließen. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 10) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für den Kulturbeirat der Stadt Wels neu erlassen werden (Richtlinien Kulturbeirat 2014)  
KB-K-115-2014

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss vom 03.11.2014:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Richtlinien für den Kulturbeirat der Stadt Wels 2014 beschließen.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Kulturbeirat leistet wertvolle Arbeit für die Stadt Wels. Die vorgeschlagenen Änderungen können wir zum größten Teil auch mittragen und sehen einen Sinn darin. Uns gefällt an diesem Änderungsvorschlag nicht, dass auch ein Mitglied der jeweiligen Fraktionen bei den Kulturbeiratssitzungen dabei sein soll, weil wir es für wichtig halten die Unabhängigkeit dieses Gremiums zu gewährleisten. Wir halten es für wichtig, dass Kulturschaffende offen und ehrlich miteinander diskutieren. Sie sollen durch die Anwesenheit eines Politikers im Kulturbeirat nicht befürchten müssen, durch eine Aussage eine Subvention nicht zu bekommen.

Es muss schon eine Vernetzung mit der Politik geben, allerdings würden wir uns einen anderen Weg wünschen, um die Arbeit des Gremiums in unabhängiger Weise fortzusetzen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es freut mich wirklich heute eine Verbesserung und einen Ausbau des Kulturbeirates im Gemeinderat zu diskutieren. Meiner Ansicht nach ist dieser Kulturbeirat der ganz klare Beweis dafür, dass es im Bereich der Kulturschaffenden viele Menschen gibt, die bereit sind für Wels etwas einzubringen. Es ist nicht selbstverständlich. Menschen lassen sich in den Kulturbeirat nominieren, arbeiten dort engagiert mit, bringen gute Vorschläge und gute Diskussionsbeiträge, die unseren Standort, unsere Stadt Wels auch im kulturellen Bereich noch besser voranbringen. Wir als Stadt Wels können auf diesen Standort stolz sein, wie unsere kulturelle Vielfalt ausdifferenziert ist. Ebenso auf unsere hervorragenden Angebote in den verschiedensten Bereichen.

Erst letztes Wochenende fand das wunderbare Musikfestival „Music Unlimited“ im Schlachthof statt. Diese Art von Musik ist etwas für Menschen, die bereit sind sich Musik anzuhören, die nicht gleich melodios ins Ohr geht. Aber uns muss klar sein, mittlerweile kommen aus ganz Europa Menschen zu diesem Festival, die in unsere Stadt auch als Touristen kommen. Dieses Festival stellt für unsere Stadt einen wesentlichen Beitrag dar.

Der Kulturbeirat wurde in der letzten Periode von Kulturstadtrat Dr. Ganzert stark eingebracht und von der SPÖ-Fraktion im Wahlprogramm 2003 verlangt und umgesetzt. Deshalb freut es mich heute ganz besonders über die Adaptierung reden zu können. Im Gegensatz zu Kollegin Mag. Mayerhofer halte ich es für einen Gewinn, wenn die Fraktionen sich auch einbringen. Es geht nicht um die Mitstimmung der Vertreter des Gemeinderats, sondern es geht darum, dass die Vertreter der Fraktionen auch den Diskussionsprozess mitbekommen. Der Diskussionsprozess ist nach dem Motto „der Weg ist das Ziel“ sehr oft ein ganz wesentlicher Beitrag, wenn es um die kulturelle Entwicklung geht. Natürlich kann es dazu kommen, dass Diskussionsbeiträge so ausgelegt werden, dass wegen unbotmäßigen Aussagen von Kulturschaffenden eine Subvention gesperrt wurde. Diese, eventuell die Finanzen sperrenden Menschen dürfen andere nicht mundtot machen, um denen die Möglichkeit der Partizipation und der Diskussion zu nehmen. Ich bedanke mich für diese Weiterentwicklung. Es wird wichtig sein für unsere Stadt auch im kulturellen Bereich gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

GR. Josseck-Herd: Ich glaube, die Aussage von Kollegin Mag. Mayerhofer kann nicht unwidersprochen im Raum stehengelassen werden. Es ist eine Unterstellung zu sagen,

wenn sich Kulturschaffende sozusagen nicht vorschriftsmäßig äußern, wäre eine Subvention in Gefahr. Bei dem damaligen Fall kam es deshalb so weit, weil die Kulturschaffenden sich geringschätzig in der Presse und nicht im Kulturbeirat äußerten.

Ich finde die Änderungen in den Statuten des Kulturbeirates sehr gut, besonders die Verkleinerung der Anzahl der Mitglieder. Es gab Mitglieder, die nur ein- oder zwei Mal anwesend waren, das wiederum mangelndes Interesse signalisierte. Ich war selbst schon bei einer Sitzung des Kulturbeirates. Es war für mich von großem Nutzen, denn es ist für uns nicht immer alles klar, kennen nicht die Wünsche der Kulturschaffenden in Wels, wobei wir nicht immer einer Meinung sein müssen. Aber die Überlegungen können immer in das eigene Abstimmungsverhalten eingebaut werden. Ich freue mich schon auf die erste Sitzung des Kulturbeirates, bei der ich anwesend sein darf.

GR. LAbg. Dr. Csar: Der Kulturbeirat existiert schon acht Jahre und die zweite Funktionsperiode geht zu Ende. Der Kulturbeirat hat eine Erfolgsgeschichte aufzuweisen. Ich glaube, als Stadt Wels und als Politik leben wir von der Einbringung des Kulturbeirates. Jede Diskussion ist belebend und auch förderlich für die Weiterentwicklung und für positive Schritte vorwärts, wobei jede Diskussion unterschiedlich geführt wird. Das ist gut so und keiner braucht vor nach sich ziehenden Konsequenzen Angst haben. Ich bekenne mich zur vorgeschlagenen Zusammensetzung des Kulturbeirates.

Die tatkräftigen Arbeiten des Kulturbeirates bringen uns in Wels wesentliche Kulturschritte nach vorwärts. Einen herzlichen Dank nicht nur dem früheren Kulturstadtrat Dr. Ganzert, sondern auch der ehemaligen Kulturreferentin Anna Eisenrauch und dem jetzigen Kulturreferenten Walter Zaunmüller, der sich hier mit sehr großem Engagement einbringt. Ich ersuche um breite Zustimmung, um das Kulturleben hier in Wels weiter unterstützen zu können.

StR. Zaunmüller: Danke, für die überwiegend deutlich zustimmenden Wortmeldungen. Ganz besonders freue ich mich über ein Lob und eine Zustimmung vom Kollegen Reindl-Schwaighofer. Auf die Aussage von Kollegin Mag. Mayerhofer muss ich aber einfach reflektieren. Durch die Teilnahme der Politikerinnen und Politiker - von jeder Fraktion ein Entsendeter – haben wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker das Ohr unmittelbar bei den Kunstschaffenden und Kunstbetreibenden. Das ist ganz wichtig, zu diskutieren und sich auszutauschen. Wie ich die Mitglieder des Beirates kenne, fällt mir kein Einziger ein, der sich davor fürchten würde, wenn die Kollegin Mayerhofer oder jeder andere Gemeinderat im Kulturbeirat ohne Stimmrecht Mitglied ist.

Die neuen Statuten sagen, dass sie als Mitglied des Kulturausschusses ohnehin die Protokolle des Kulturbeirates im Rahmen einer Sitzung des Kulturausschusses bekommen. Die Protokolle spiegeln das dort Gesagte mit allen Ergebnissen und allenfalls mit Beschlüssen wieder. Ob sie das unmittelbar in der Sitzung oder dann später in einem Bericht hören, macht für mich keinen Unterschied. Ich denke, diese Argumentation ist nicht ganz durchdacht. Zum Schluss möchte ich dem Welser Kulturbeirat noch einmal für seine ausgezeichnete Arbeit danken.

Der Antrag (Anlage 11) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Forstinger, Vzbgm. Dr. Rabl und GR. Manfred Wiesinger sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Margarete Josseck-Herd

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Prüfung  
des Programmkinos Wels durch die Stabstelle Kontrolle und Revision  
DI-Verf-316-2014

GR. Josseck-Herd: Der gegenständliche Antrag der FPÖ-Fraktion lautet wie folgt: Die Stadt Wels soll die Stabstelle „Kontrolle und Revision“ allenfalls unter Beiziehung von externen Fachkräften mit der Prüfung der finanziellen Gebarung und des laufenden Betriebs der Programmkinos Wels gemeinnützige GesmbH, Pollheimerstraße 17, beauftragen. Die Prüfung soll die Jahre 2012, 2013 und 2014 umfassen. Der Prüfbericht soll in der Folge dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden.

Die Programmkinos GesmbH hat im Herbst 2012 nach Einzug in das neu adaptierte MedienKulturHaus ihren Betrieb aufgenommen. Die Stadt hatte sehr viel Geld (fast 2 Mio. Euro) in die Hand genommen, um zwei Kinosäle mit Bestuhlung und modernster Kintechnik auszustatten. Von da an konnte täglich in zwei Kinosälen gespielt werden. Das hatte sich der Verein Programmkinos immer gewünscht, da dies im Stadttheater Greif nicht möglich war. Genau dieses Faktum wurde als Grund herangezogen, warum man dafür keine EU-Förderung erhält. Es wurde vertraglich vereinbart, die Stadt Wels kommt für die Betriebskosten auf und die vereinbarte symbolische Miete von 242 Euro/pro Monat stellte die städtische Subvention dar. Unter diesen Voraussetzungen sollte das Programmkinos kostendeckend arbeiten. Aber leider kam es anders.

Im Juni dieses Jahres wurden die Mitglieder des Kulturausschusses mit einem Subventionsansuchen der Programmkinos GesmbH in Höhe von 34.000 Euro konfrontiert. In dieser Sitzung wurden viele Gründe von den Verantwortlichen angeführt, warum ein Verlust in dieser Höhe entstand. Es war von nicht erhaltenen Förderungen des Bundes und der EU die Rede. Das fehlende Buffet und das neue „Star Movie-Kino“ wurden als Gründe für die fehlenden Besucherzahlen angeführt, obwohl das Filmangebot dort ein ganz anderes ist. Außerdem waren die beiden Geschäftsführer offensichtlich über-



rascht, dass nach der Umwandlung des Vereines Programm kino in eine gemeinnützige GesmbH vom Finanzamt Körperschaftssteuer verlangt wurde.

Das Subventionsansuchen wurde im Kulturausschuss zwar diskutiert, aber es wurde noch keine Entscheidung getroffen, weil die Gründe und Zahlen nicht schlüssig waren. Zu unserer aller Überraschung hat die Stadt im September ohne Einbindung des Kulturausschusses oder anderer Gremien für die Jahre 2014 und 2015 eine Werbevereinbarung mit dem Programm kino in Höhe von 15.000 Euro/pro Jahr abgeschlossen. Für diese 30.000 Euro soll das Programm kino zukünftig Imagefilme der Stadt Wels zeigen. Für die Freiheitlichen ist nicht nachvollziehbar warum trotz dieser zusätzlicher Einnahmenquelle an einem Subventionsansuchen in der Höhe von 34.000 Euro festgehalten wird. Unserer Meinung nach gehört das genau angesehen und deshalb fordern wir die Überprüfung durch die Kontrollstelle, damit die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und auch die Sparsamkeit im laufenden Betrieb überprüft werden kann. Sie können mir nicht unterstellen das Programm kino nicht zu schätzen - eine Stadt wie Wels soll auch ein Programm kino haben. Umso mehr ist es nötig nachzusehen, welche Fehler gemacht wurden, damit in der Zukunft die Institution gesichert ist.

GR. Prof. Mag. Teubl: In der Debatte zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt sagte ja Kollegin Josseck-Herdt, es sei völlig absurd anzunehmen, dass Kulturschaffende wegen unbotmäßiger Äußerungen Nachteile zu erwarten hätten. Meines Erachtens spricht dieser vorliegende Antrag einer strengen Prüfung des Programmkinos genau dafür, dass einer nicht genehmen Institution Schwierigkeiten bereitet werden. Sie wissen, diese im heurigen Jahr aufgetretenen Turbulenzen haben Gründe – einige davon nannten sie. Dazu zählt beispielsweise die EU-Subvention, die nicht wie erwartet sofort erreicht werden konnte, sondern erst nach einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr ausbezahlt wird. Die Übersiedelung zog gewisse Nachfolgekosten nach sich und vom Finanzamt Wels wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt. Das Finanzamt in Linz sprach dem „Moviemento“ sehr wohl Gemeinnützigkeit zu. Das alles sind gute Gründe, weshalb es zu dieser finanziellen Males kam, die durch eine Subvention aus der Welt geschaffen werden hätte können. Aber im Kulturausschuss wurde dieser Antrag ein bisschen auf die lange Bank geschoben.

Warum wird das Programm kino geprüft und nicht etwa der WSC Hertha, wo es sicher einiges Interessantes zu prüfen gäbe. Ich möchte die Vermutung äußern, die Hauptgründe liegen darin, dass diese Institution von der Freiheitlichen Fraktion nicht so gerne gesehen wird. Etwas anderes ist mir noch viel mehr ein Dorn im Auge. Wir haben einen Kontrollausschuss, dessen Vorsitzender ich bin und in diesem Kontrollausschuss wurden schon zwei Mal in dieser Legislaturperiode Prüfanträge verabschiedet. Das heißt, wir sind dort sehr wohl in der Lage Prüfungen in Gang zu setzen.

Warum wird es in diesem Fall nicht so gemacht und sucht hier dieses große Forum, um ein möglichst großes Spektakel zu veranstalten, wenn es angeblich nur darum geht die finanziellen Gegebenheiten zu überprüfen?

Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion dem Kontrollausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Prof. Mag. Teubl auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 13) zu Punkt 8. der Tagesordnung an den Kontrollausschuss zur weiteren Beratung wird mit

17 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 19 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Haböck: Als Mitglied des Kontrollausschusses melde ich mich zu Wort. Ich gebe aber keine inhaltliche Bewertung zur Causa ab, da ich schon vorher diese Thematik im Ausschuss diskutieren und die Prüfungsergebnisse abwarten möchte. Ich darf kurz auf das Gesagte replizieren, warum das hier im Gemeinderat und nicht im Kontrollausschuss gemacht wird. Ich nehme auf zwei Dinge des Kollegen Mag. Teubl, des Vorsitzenden des Kontrollausschusses, Bezug.

Erstens wurde bei WSC Hertha ein Teil in den Kontrollausschuss gebracht. Dabei handelte es sich um einen von mir im Kontrollausschuss gestellten Antrag, wo wir die blau-rote Subventionsorgie für diesen Verein prüfen wollten. Wir taten hier unser Möglichstes, um Transparenz und Kontrolle hineinzubringen. Beim zweiten Punkt muss ich ihnen zustimmen, denn der Weg über den Kontrollausschuss wäre zwar der weniger öffentlichkeitswirksame, aber der seriösere Schritt gewesen. Wir werden uns auf alle Fälle im Ausschuss damit befassen.

Warum die GRÜNE-Fraktion gegen eine Prüfung des Programmkinos ist kann ich nicht nachvollziehen. Ich bin der Meinung, überall, wo nur ein Cent Steuergeld im Spiel ist, sind strengste Kriterien anzuwenden. Und wenn eine Prüfung von einer Fraktion des Gemeinderates gewünscht wird, wird sich die ÖVP-Fraktion dem nicht verschließen, sondern zustimmen, denn eine Prüfung, Transparenz und eine Kostenkontrolle ist immer notwendig. Jeder Verein sollte bei bestehendem oder geäußertem Verdacht geprüft werden. Wir sind dem Steuerzahler und dem Gesetz gegenüber verpflichtet, dass die Subventionen ordnungsgemäß verwendet werden. Wir werden einer Prüfung zustimmen und hoffen, negative Verdachtsmomente verhärten sich nicht.

GR. Schönberger: Die SPÖ-Fraktion wird natürlich auch nicht gegen die Prüfung stimmen, weil einer Prüfung nichts entgegensteht. Es ist nur abzuwägen, wenn man vorher schon alles weiß, überhaupt eine Prüfung durchzuführen. Die Ressourcen der Kontrolle sind begrenzt. Wenn wir von Beiziehung externer Kräfte sprechen, sollten wir auch die Kosten im Auge behalten. Wenn die Kontrolle höhere Kosten verursacht als das Ergebnis, sind wir dem Bürger gegenüber verpflichtet Kosten zu sparen und nicht nur Arbeit zu verursachen. Als Mitglied des Kontrollausschusses würde ich mich freuen, solche Angelegenheiten im Ausschuss zu diskutieren und nicht im Gemeinderat.

Ich gebe dem Kollegen Mag. Teubl Recht, es handelt sich dabei nur um eine Inszenierung. Es gibt andere überprüfenswerte Dinge, die nicht alle in den Gemeinderat kommen.

GR. Hacker: Das Programmkinos ist für unsere Stadt eine Bereicherung und ein unverzichtbarer Teil des Angebotes im Welser Kulturleben. Die Zahlen des Unternehmens, der laufende Abgang, der hohe Verwaltungsaufwand ergeben Ungleichheiten und diese sind zu verifizieren. Die ÖVP-Fraktion stimmt dem Antrag der FPÖ-Fraktion in vollstem

Umfang zu, weil so eine Prüfung, das finanzielle Gebaren, den Umgang mit Fördergeldern transparent gegeben werden muss. So eine Überprüfung ist nichts Negatives. Es kann auch die positive Bestätigung sein, dass hier alles seine Richtigkeit hat.

GR. Haböck: Geschätzter Kollege Schönberger! Ich glaube, du meinst es nicht so wie ich es verstand. Als gewählter Mandatar möchte ich eines festhalten: Den Eindruck zu erwecken, etwaige Prüfungen von Vorgängen innerhalb des Gemeinderates der Wels Subventionen betreffend sollten nicht durchgeführt werden, weil zu hohe Kosten in der Kontrolle anfallen würden, halte ich für sehr gefährlich. Kontrolle, wenn es um Steuergeld und Transparenz geht, ist immer zu bewerkstelligen und zu gewährleisten. Es darf auf keinen Fall der Eindruck erweckt werden, weil die Kontrollstelle überlastet ist, darf eine Kontrolle nicht durchgeführt werden. Da müssen wir die Kontrollstelle mit den erforderlichen Mitteln ausstatten, aber Prüfungen müssen durchgeführt werden.

Bgm. Dr. Koits: Ich bekam gerade einen Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, der lautet, statt: „...dem Gemeinderat zur Verfügung zu stellen“, neu: „...dem Kontrollausschuss vorzulegen.“ Ich ersuche, diese Änderung in die Debatte einzubeziehen.

GR. Schönberger: Gemeinderat Haböck verstand es natürlich falsch! Ich verlange ein gewisses Augenmaß. Wir werden im Wirtschaftsausschuss demnächst jede Menge Förderungen in der Höhe von 25.000 Euro für Altstadtanierung beschließen. Dort gesamte Betriebsprüfungen der Firmen zu verlangen, kostet sehr viel Geld. Wollen wir jeden nach außen fließenden Euro überprüfen, dann bitte mit Augenmaß. Wenn ich vor der Prüfung schon das Ergebnis weiß, brauche ich nicht mehr zu prüfen - das war mein Ansatz.

GR. Zaunmüller: Sie hören von mir ein klares Bekenntnis zum Welser Programm kino. Ich halte das Programm kino für einen sehr wichtigen Teil in der Welser Kulturlandschaft. Es ist ein Segment, welches vor allem inhaltlich sehr ordentlich bedient wird. Ich weise auf das Schärfste zurück, Herr Kollege Teubl: Im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss wird nicht geschlampt! Ich denke, sie können das auch nicht so beurteilen, weil nicht sie, sondern Frau Kollegin Mayerhofer im Ausschuss vertreten ist und ich von dieser noch nie derartiges hörte. Ich nehme meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Frau Dr. Miglbauer und Herrn Stöger Müller, ganz besonders in Schutz. Es gibt keine mir bekannte Schlamperei!

Ich halte es für völlig unzulässig, dass sie Sport mit Kultur vergleichen, aufrechnen und gegeneinander ausspielen – das finde ich als letztklassig. Ja, es gab im Kulturausschuss keine Entscheidung über das Subventionsansuchen. Aber ich interpretiere das so, dass den Mitgliedern dieses Ausschusses offensichtlich die vorgelegten Informationen zu wenig waren. Es gab dazu viele Nachfragen ihrer Vertreterin, Frau Mag. Mayerhofer.

Schließen möchte ich mit Positivem: Das Programm kino kooperiert höchst erfolgreich mit anderen Filmanbietern wie „Crossing Europe“, „Heimatfilmfestival“, Freistadt und dem internationalen Kinderfilmfestival. Dieses umfang- und facettenreiche Programm halte ich für sehr wichtig. Ob die derzeitige Betriebsform mit einer GesmbH und zwei Geschäftsführern die ideale Betriebsform ist, maße ich mir nicht an zu beurteilen. Deshalb ersuchen wir die Stabstelle Kontrolle und Revision eine entsprechende Überprü-

fung durchzuführen. Es handelt sich dabei tatsächlich um sehr viel Geld der Welser Steuerzahler und Steuerzahlerinnen und das sind wir ihnen schuldig.

GR. Prof. Mag. Teubl: Sehr geehrter Herr Stadtrat Zaunmüller! Ich möchte mich nicht auf ein bestimmtes Wort festlegen, aber ich frage mich schon, wie man es nennen soll, wenn ein Subventionsansuchen vorliegt, welches im Kulturausschuss niemals auf der Tagesordnung stand, sondern nur unter Allfälliges angeführt wurde. Sie als zuständiger Referent sahen auch im Antrag für das Budget 2015 keinen entsprechenden Posten dafür vor. Das heißt, für sie ist dieses Ansuchen für 2015 etwas, das nicht zu bearbeiten ist. So kann ich das nur interpretieren, ansonsten würde diese Subvention zur Sicherheit beim Budget geltend gemacht werden.

Zu unserem Abänderungsantrag erscheint es mir wichtig, dass wir die Gepflogenheiten durch einen Antrag hier im Gemeinderat ändern. Bisher wurden die Prüfberichte immer im Kontrollausschuss entsprechend vertraulich behandelt. Wenn sich daraus abgeleitete Maßnahmen ergeben sollten, die hier zu setzen sind, dann geht das auch etwas den Gemeinderat an. Aber die Prüfung selbst sollte – wie bei allen anderen Angelegenheiten auch – über die Stabstelle Kontrolle und Revision laufen und der Bericht dem Kontrollausschuss vorgelegt und diskutiert werden.

Vzbgm. Lehner: StR. Zaunmüller hat im Kulturbereich sehr viele Punkte für das Budget angemeldet, aber auch im Kulturbereich fanden nicht alle Punkte eine Deckung. Das können wir aber bei der nächsten Gemeinderatssitzung bei der Budgetdebatte diskutieren. Zu der von Karl Schönberger angesprochenen, eventuell nicht geprüften Altstadt-sanierungsförderung möchte ich anmerken: Natürlich wird jede uns vorgelegte Rechnung geprüft bzw. legen wir darauf Wert, dass uns von allen Gewerken Rechnungen vorgelegt werden. Sollte es einmal nötig sein, kann das Kontrollamt eine Prüfung durchführen. Im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss wird mit den Steuergeldern sehr, sehr sparsam umgegangen und es wird kontrolliert, damit das Geld, das wir beschließen, auch dort hinkommt wo es vorgesehen wird. Im Altstadtbild wird das dann gesehen und gespürt. Es darf dabei kein Geld am Weg, in der Bürokratie oder sonst wo verlorengehen.

StR. Zaunmüller: Herr Mag. Teubl, sie verwechselten hier etwas! Ich habe für die kommenden Budgets ein sehr großes Kulturbudget angemeldet. Die Wünsche der einzelnen Kulturbetreiber sind sehr groß und in den meisten Fällen auch 100-prozentig berechtigt. Ich unterstütze das mit ganzer Kraft und hoffe, der Herr Finanzreferent wird mir hier ein offenes Ohr schenken, damit wir alle Welser Kulturtreibenden mit einer deutlich höheren Unterstützung im Budget - so auch das Programm kino - unterstützen können.

Aber sie irren inhaltlich vollkommen, denn die gegenständliche Subvention hat nichts mit 2014 und 2015 zu tun, sondern mit den letzten beiden Monaten des Jahres 2012 und mit dem laufenden Jahr 2013.

GR. Hoflehner: Es entsteht der Eindruck, als würde die Stadt Wels Gelder im Subventionswege vergeben, die dann unter positiven oder negativen Verdachtsmomenten irgendwie verwendet werden. Ich kann nur betonen, bei Subventionen werden die Belege von der zuständigen Dienststelle und Abteilung auf zweckmäßige Verwendung geprüft. Hier finden Vermischungen statt, die mich persönlich sehr berühren, weil wir von einem Thema betreffend den Kulturbereich auf einmal bei einem Thema im Wirtschaftsbereich und Sportbereich sind. Jeder behauptet von sich, es gehe um die Sache selbst und um

die reine Wahrheit. Aus meiner Sicht bleibt hier nur mehr die Möglichkeit sich „rein zu waschen“, das heißt nachzuweisen rechtens gehandelt zu haben.

Die Frage der Geschäftsform des Programmkinos ist etwas anderes. Das stellt dann schon eine Art Betriebsberatung dar, wobei ich nicht weiß, ob das die Stabstelle Kontrolle und Revision auch durchführen wird. Ich würde ersuchen, diese Angelegenheit konstruktiv, sachlich und objektiv zu erledigen. Deshalb bin ich dafür dies im Kontrollausschuss zu behandeln, wie alles andere in der Stadt Wels zu Behandelnde.

GR. Josseck-Herdt: Ich bin sehr froh über die Zustimmung der ÖVP-Fraktion. Die Bemerkung des Kollegen Mag. Teubl „Hätten wir ihnen die Subvention gegeben, wäre das längst vom Tisch“, erschreckt mich. Das Programmkino bekam eigentlich alles was sie sich wünschte. Dem Verein Programmkino wurden 2 Mio. Euro finanziert, damit es sich entfalten kann. Da ist es dann schon legitim, wenn die Erwartungen nicht eintrafen und neue Förderungen gebraucht werden, eine Prüfung durchführen zu lassen. Das liegt in unserer Verantwortung und ich würde mich nicht wohlfühlen, würde diese Angelegenheit ohne darüber nachzudenken einfach erledigt werden.

Der Abänderungsantrag (Anlage 12) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 13) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Andreas Weidinger

9.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend  
optisches Erscheinungsbild der Welser Einfahrtsstraßen und  
Einrichtung eines Stadtteilverschönerungsfonds  
DI-Verf-313-2014

GR. Weidinger: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Attraktivierung von Einfahrtsstraßen in Wels. Wels ist die siebtgrößte Stadt in Österreich und liebenswert. Wels hatte schon viele Logos, wie „Wels-die-Einkaufsstadt“, „Wels-die-Energiehauptstadt“ und „Wels-die-Messestadt“. In Kürze wird wiederum die Welser Weihnachtswelt eröffnet und tausende Menschen besuchen den Weihnachtsmarkt. Wir haben die Shopping Night, das Welser Stadtfest, das Welser Volksfest und vieles mehr – darauf können wir stolz sein. Es sollen viele Besucher nach Wels kommen, hier einkaufen und

wenn möglich auch übernachten. Wels hat eine sehr schöne Altstadt. Die Schmidtgasse wurde renoviert - bald auch die Bäckergasse. Wels wird zunehmend für unsere Besucher attraktiver. Es werden Millionen Euro für die Verschönerung der Innenstadt investiert. Ebenso wird viel unternommen, damit sich Betriebe in der Innenstadt ansiedeln.

Um das Schöne zu erleben, gelangt man nur über eine der größeren Einfahrtsstraßen nach Wels. Als Nichtkenner von Wels und dessen Angebote in der Innenstadt, ist der erste Eindruck manchmal nicht sehr einladend: Schlechte Beleuchtung, schlechter Straßenzustand, Wildwuchs von Plakatwänden, Verkehrszeichen oder Firmenhinweistafeln. Teilweise sind Sträucher und Pflanzen des öffentlichen Verkehrsraumes in einem ungepflegten Zustand. An manchen Hausmauern befinden sich Graffiti und manches baufällige Haus ist zugepflastert mit Werbung, welche das Erscheinungsbild von Wels zusehends verschandeln.

Wir von der ÖVP-Fraktion wollen den Blick auf die Einfahrtsstraßen schärfen und sie auf die vorhin erwähnten Punkte überprüfen. Wir wollen ab der Stadtgrenze eindeutig mit einer einheitlichen Werbelinie die Stadt bewerben. Mit heller Beleuchtung, einwandfreien Straßenzuständen, Sauberkeit, hübscher Begrünung, durchforstetem Schilderwald und vielleicht mit Kunst möchten wir den Besuchern ein schöneres Bild bieten als bisher. Zu diesem Zweck schlagen wir vor ab nächstem Jahr sukzessive jede wichtige Einfahrtsstraße in diesem Sinne zu verschönern. Wir wollen ja nicht sofort alle Straßen „behübschen“ – wir wissen, es kostet sehr viel Geld. Sondern wir wollen ein deutliches Zeichen setzen und einen sogenannten Stadtteilverschönerungsfond ins Leben rufen. Lassen sie uns gemeinsam unsere Straßen ins Zentrum verschönern, sodass wir nicht denselben Fehler machen, wie andere große Städte.

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt bei den Wortmeldungen vernehmen, was alles nicht geht und warum es nicht geht. Wir werden hören, manche Straßen sind Bundesstraßen und wir für diese nicht für die Beleuchtung und den Straßenzustand zuständig sind. Außerdem werden wir hören, dass wir für manche Plakatwände und deren Platzierung nicht zuständig sind, es koste zu viel Geld und schlussendlich ist ja alles gar nicht so schlecht. Lassen sie uns mit allen Verantwortlichen an einen Tisch setzen und gemeinsam über eine Verschönerung sprechen. Es wird auch nötig sein, manche Privatperson einzubinden. Ich kann ihnen abschließend nur empfehlen mit offenen Augen solche Straßen zu befahren und sich in die Denkweise des Gastes zu versetzen, der noch nie in unserer Stadt war. Ich ersuche um rege Diskussion und um Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

StR. Kroiß: Bei der oberflächigen Betrachtung dieses Antrages konnte ich dem durchaus etwas abgewinnen. Ich bin deiner Meinung, ordentliche Straßen sind meist der erste und oft auch der letzte Eindruck einer Stadt; sie sind die Visitenkarte einer Stadt. Bei den Budgetverhandlungen begründe ich meine Anträge immer wieder mit der Erhaltung eines ordentlichen Straßenbildes. Du erwähntest es bereits - viele deiner Begründungen fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Wels, sondern in den Zuständigkeitsbereich des Landes Oberösterreich. Viele Einfahrtsstraßen sind Landesstraßen, deren Asphaltierung, Bodenmarkierung und Verkehrszeichen in die Zuständigkeit des Landes fallen. Für Verbesserungen verhandeln wir immer wieder mit dem Land Oberösterreich.

Vor der Gemeinderatssitzung begutachtete ich bewusst alle Einfahrtsstraßen. Deiner Begründung, dass beinahe alle Einfahrtstraßen nach Wels unattraktive, unschöne Ab-

schnitte aufweisen, kann ich nicht folgen. Für mich treffen eher die Begründungen unattraktive Gebäude, Graffiti an den Gebäuden, leerstehende Grundstücke, die mit Plakattwänden eingegrenzt sind und die Vielzahl an Werbeplakaten neben der Straße zu. Dieses Erscheinungsbild liegt vielfach im Verantwortungsbereich von privaten Personen. Das wurde von dir in deiner Begründung bewusst oder unbewusst ausgeklammert. Ich glaube, diese Plakatflut stört die Bevölkerung viel mehr wie manchmal nicht ganz ordnungsgemäße Straßen. Wenn schon so eine Sichtung gemacht werden soll, sollte das miteinbezogen werden.

Einerseits forderst du in deiner Begründung in Richtung Innenstadt eine einheitliche Werbelinie, aber andererseits möchtest du den Schilderwald entrümpeln. Als Polizist weißt du, es sind sehr viele Schilder gesetzlich vorgesehen. Wir können nur mit Bodenmarkierungen arbeiten, um die Schilder wegzubekommen. Entrümpelungen können nur im Bereich der Werbeschilder durchgeführt werden. In meinem Verantwortungsbereich wird mit bestem Wissen und Gewissen nach budgetären Möglichkeiten versucht das Straßenbild schön zu gestalten, damit die Straßen in einem ordnungsgemäßen Zustand sind. Als positives Beispiel nenne ich die Vogelweider Unterführung. Diese wurde generalsaniert und mit Schülerbeteiligung durch „Kunst am Bau“ sind Verschönerungen an den Wänden angebracht worden.

Ich bin nicht der Meinung bei allen Einfahrtsstraßen einen Bürgerbeteiligungsprozess zu starten. Wenn die ÖVP-Fraktion das wollte, warum wurde das nicht beim ÖEK-Prozess gemacht? Dort wären die Bürger der jeweiligen Stadtteile schon vor Ort gewesen. Werden die Bürger jetzt wieder zu einem Bürgerbeteiligungsprozess bei den Einfahrtsstraßen aufgerufen, werden sie sich vielleicht „gefrotzelt“ fühlen und sich fragen, ob die Politik gar nichts mehr selbst entscheidet?

Ein Verschönerungsfond ist nicht nötig. Viel wichtiger wäre, dass die jeweiligen Referenten für die jeweiligen Bereiche, sei es die Markierung, Asphaltierung, die Verkehrszeichen, die Begrünung das notwendige Budget erhalten. Dadurch kann der eine oder andere unschöne Abschnitt schneller saniert werden. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

Bgm. Dr. Koits: Prof. Mag. Teubl brachte einen Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion ein, bei dem unter Pt. 1. nach der Wortfolge: „... die Sichtung aller zentralen Einfahrtsstraßen ...“ der Text: „... inkl. der Geh- und Radwege...“ einzufügen ist. Ich ersuche das in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Mag. Humer: Stadtrat Kroiß führte aus rechtlicher Hinsicht schon vieles aus, dem ich beipflichten kann. Fast allen Einfahrtsstraßen nach Wels, wie die Salzburger Straße, die Vogelweiderstraße und Bereiche der Hans-Sachs-Straße, sind keine Gemeindestraßen, das heißt wir sind formal nicht zuständig. Wir als SPÖ-Fraktion möchten eine lebenswerte Stadt Wels. Aber hier muss zuerst einmal die Zuständigkeit überprüft werden. Ich sprach im Vorfeld mit Kollegen Haneder vom Land OÖ, der sich freuen würde, wenn wir das alles übernehmen. Hier gehören die Grenzen erkannt und nicht Sand in die Diskussion gestreut. Konzentrieren wir uns auf das, für was wir zuständig sind. Bei den Bundesstraßen ist das Land in Koordination mit der Stadt Wels betreffend Gehsteige etc. gefordert. Melden die einzelnen Referenten die entsprechenden Budgetmittel mit entsprechender Begründung an, ist der Finanzreferent einer der Letzten, der hier sachlichen Argumenten nicht sehr zugänglich ist.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich bin immer sehr erfreut über solche formalrechtlichen Äußerungen, denn als Nichtjurist kann noch einiges dazugelernt werden. Eigentlich geht es darum, dass die Dinge geschehen und nicht um die Frage der formalrechtlichen Möglichkeiten. Auch einem Referent sollte es, wenn er außerhalb seines Wirkungsbereiches etwas erkennt, nicht verboten sein mit den Zuständigen Gespräche zu führen.

Dieser Antrag der ÖVP-Fraktion wäre in vielen Bereichen verbesserungsfähig. Beispielsweise stehen die konkret gewünschten Maßnahmen alle in der Begründung und nicht im Antrag selbst. Deshalb reklamierten wir die Geh- und Radwege noch in den Antragstext, weil die Begründung nicht Bestandteil des Antrages ist. Die Begründung gibt zumindest Auskunft darüber, was gemeint ist.

In dieser Begründung steht unter anderem, die Welser ÖVP-Fraktion fordert unter anderem in den nächsten 12 Monaten alle großen und wesentlichen Einfahrtsstraßen in das Welser Zentrum auf folgende Punkte zu prüfen. Warum in den nächsten 12 Monaten und dann nicht mehr? Ein Schelm, der Böses denkt – es wird doch nicht der Wahltermin eine Rolle gespielt haben bei dieser Überlegung? So können wir den Forderungen nur zustimmen. Diese Dinge fallen allerdings in den Ressortbereich eines Stadtrates und einer Stadträtin. Wenn diese ihre Aufgaben ernst nehmen würden, wäre dieser Antrag nicht nötig.

Vielleicht ist er ein Hinweis, mehr Geld für diese Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Ob dafür gleich ein Stadtteilverschönerungsfond benötigt wird oder ob diese Maßnahmen auf eine andere Art und Weise im Budget vorgesehen werden können, wäre an anderer Stelle zu klären. Genauso wäre zu klären, in welcher Art und Weise die ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Verschönerung der von den Besuchern besonders wahrgenommenen Teile unserer Stadt am besten zu bewerkstelligen ist.

Dabei handelt es sich noch um diskutierbare Teilfragen. Der Antrag ist vom Inhalt her unterstützenswert und deshalb werden wir auch dafür stimmen.

GR. Haböck: Lieber Kollege Weidinger, dir wurde jetzt vorgetragen warum etwas nicht geht bzw. über Kompetenzen- und Behördengerangel gesprochen. Das bringt mich auf ein anderes Thema, auf die aktuelle Stunde. Es erklärt, warum 20 Jahre auf ein Parkhaus gewartet werden muss.

GR. Markus Wiesinger: Bei diesem Antrag geht es darum: Will man ihn oder will man ihn nicht? Bei Argumenten beispielsweise der GRÜNEN über die Prüfdauer von 12 Monaten geht es nicht darum, ob 10 Monate oder 12 Monate geprüft wird, sondern es geht darum, ob wir schönere Einfahrtsstraßen wollen oder nicht. Wir alle wissen, bei Anträgen ist der Sachantrag und nicht die Begründung wichtig, denn die Begründung wird selten umgesetzt. Alle Argumentationen, alle Themen und Anregungen warum es nicht geht, bezogen sich ausschließlich auf die Begründung. Trotz aller Diskussion bekundete jeder, dass die Einfahrtsstraßen nicht die Schönsten sind und das Potenzial zu heben ist. Deshalb springen sie über ihren Schatten und stimmen sie diesem Antrag zu.

GR. Weidinger: Genau das was ich mir dachte passierte, nämlich den „Kopf in den Sand stecken“. Natürlich sind uns allen die verschiedenen Kompetenzbereiche bewusst. Aber wenn ich etwas möchte, kann ich es auch unterstützen und das eine oder andere doch erreichen, wenn sich die Verantwortlichen zusammensetzen. Bezüglich des Abänderungsantrages wurde schon erwähnt, dass die Geh- und Radwege Straßen-



raum sind. Diese sind im Antrag bereits enthalten. Zur Äußerung betreffend das Wahljahr möchte ich anmerken, soweit denke ich noch nicht. Wir dachten, die nächsten 12 Monate würden wir uns die Möglichkeiten zur Durchführung der aufgezählten Punkte ansehen. Nach diesem Jahr hätten wir versucht diese Punkte abzuarbeiten. Das kann natürlich auch fünf Jahre dauern.

Der Abänderungsantrag (Anlage 14) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

10 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 24 Nein-Stimmen (FPÖ- und SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer und Vzbgm. Lehner sind bei o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Initiativantrag (Anlage 15) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

10 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 24 Nein-Stimmen (FPÖ- und SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer und Vzbgm. Lehner sind bei o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Mag. Elke Mayerhofer

10.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Schaffung einer Ganztagschule mit verschränktem Unterricht  
DI-Verf-318-2014

GR. Mag. Mayerhofer: Wir diskutieren derzeit über das Schulentwicklungs- und Sanierungskonzept III. In der dazugehörigen Präambel lässt sich bereits der Wandel im Denken von Schule und Lernen spüren. Darin heißt es u.a. es ergeben sich folgende Konzepte und Visionen für Schule in der Bildungsregion Wels in vier Aspekten: Die Schule als Unterrichtsort – Lernort der Zukunft, die Schule als Lebensraum – Schule als Lebensort für Inklusion und Ganztage, die Schule als Aufenthaltsort und die Schule als Gemeinschaftsort.

Uns GRÜNEN ist diese Formulierung allerdings noch zu vage. Denn „Schule neu denken“ heißt auch ganz klar „Schulraum neu denken“. Hier sind wir als Stadt Wels ganz dringend gefordert. Daher brachten wir als GRÜNE-Gemeinderatsfraktion den hier vorliegenden Antrag ein, dass in Wels zumindest an einem Schulstandort eine Ganztagschule mit verschränktem Unterricht realisiert werden soll. Hier würde sich natürlich am besten ein angedachter Schulneubau hervorragend eignen. Denn neue Konzepte und Anforderungen lassen sich in einem neuen Projekt viel einfacher realisieren als in bestehenden Gebäuden.

Warum aber eine Ganztagschule mit verschränktem Unterricht? In Wels haben wir an vielen Standorten vormittags Unterricht und nachmittags eine pädagogische Betreuung. Im Gegensatz dazu bietet die Ganztagschule mit verschränktem Unterricht die Möglichkeit Lern- und Freizeitphasen über den gesamten Tag verteilt abzuwechseln und so den Stamm „Vormittagslernblock“ aufzubrechen. Generell soll die Ganztagschule eine individuelle Förderung, das Arbeiten in unterschiedlichen Gruppengrößen und ein offenes Lernen ermöglichen. Die Vorteile liegen jedenfalls auf der Hand: Neben einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern haben Kinder und Jugendliche in einer Ganztagschule Vorteile bei der Entwicklung der Lesekompetenz und auch das Risiko von Klassenwiederholungen verringert sich. Bitte um Diskussion und anschließender Beschlussfassung.

Vzbgm. Dr. Rabl: Nachdem wir diesbezüglich in einem Tagesordnungspunkt davor eine umfangreiche Debatte führten auch zum Thema Ganztagschule, stelle ich den Geschäftsordnungsantrag auch diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 16) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an den zuständigen Ausschuss wird mit

17 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 16 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Vzbgm. Lehner, GR. Wildfellner und GR. Mag. Parzmayr waren bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

11.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Installierung einer extramuralen dialogisch organisierten psychosozialen Beratungseinrichtung in der Stadt Wels  
DI-Verf-319-2014

GR. Mag. Mayerhofer: Bei diesem Antrag geht es um eine psychosoziale Beratungseinrichtung, die trialogisch organisiert werden soll. Das ist für uns ein ganz wesentlicher Unterschied zum bereits in der Stadt Wels vorhandenen Beratungsangebot. Diese Einrichtung soll als Ergänzung verstanden werden. Was heißt trialogisch? Trialogisch heißt, dass sich diese Einrichtung zusammen mit Betroffenen, mit Angehörigen und mit Expertinnen und Experten organisiert. Es sollte eine niederschwellige Einrichtung sein, die für Menschen in Krisensituationen als erste Anlaufstelle dienen kann, wo sie mit ihren Problemen und Sorgen hinkommen können. Diese Einrichtung sollte möglichst zentral in der Stadt angesiedelt sein.

Ein wesentliches Element der Beratung ist für uns hier auch die Peer-to-Peer-Beratung. Es geht dabei um die Selbstermächtigung der Betroffenen. Der Ansatz verfolgt, dass der Austausch von Erfahrungen für Betroffene oft sehr hilfreich sein kann. Es muss nicht immer das Wissen von Experten sein, das Betroffene in einer aktuellen Situation auch tatsächlich unterstützt. Auch Angehörige sollen hier eine Anlaufstelle finden. Insgesamt soll diese Beratungseinrichtung eine Bereicherung im Zusammenspiel der sozialen Beratungseinrichtungen in unserer Stadt sein. Die Hilfe muss rasch, direkt und unmittelbar erfolgen. Dass so etwas gut funktionieren kann, zeigt sich in anderen Bundesländern. Ich bitte um ihre Diskussion und anschließende Zustimmung zu diesem Antrag.

Bgm. Dr. Koits: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, der wie folgt lautet:

Die SPÖ-Fraktion stellt folgenden Abänderungsantrag:

Der Antrag soll als Resolution an die Oö. Landesregierung weitergeleitet werden und der Antragstext soll wie folgt neu lauten:

Resolution:

Das Land Oberösterreich soll die Installierung einer trialogisch und niederschwellig organisierten Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Problemen und Krisen durch den Verein Pro Mente in der Stadt Wels überprüfen und in der Folge zuständigkeithalber finanzieren.

Begründung der Abänderung:

Eine derartig vielschichtige und niederschwellig ausgestattete Einrichtung für Menschen mit psychischen Problemen und Krisen ist natürlich für das betroffene Klientel wünschenswert. Da es sich hier je nach Zielgruppe um eine gesundheitspolitische Maßnahme des Landes bzw. sozialpolitische Maßnahme nach dem Chancengleichheitsgesetz handelt, fällt diese in die Zuständigkeit des Landes OÖ bzw. auch in die Zuständigkeit der Sozialversicherungsträger. Der Verein Pro Mente betreibt bereits in verschiedenen Städten, wie Wien und Linz, Beratungsstellen mit ähnlich gelagerten Aufgaben wie im Antrag angeführt. Es wäre daher sinnvoll und effizient das bereits vorhandene Know-how des Vereines Pro Mente für die allfällige Errichtung einer derartigen Einrichtung in Wels zu nutzen. Bitte diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 17) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Initiativantrag (Anlage 18) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Richtlinien zur Förderung von Wohnungskosten für Jugendliche, Familien und Alleinerzieher (Wohnkostenförderungsrichtlinien)  
DI-Verf-325-2014

Vzbgm. Dr. Rabl: Hier geht es um einen Antrag im Zusammenhang mit den Richtlinien zur Förderung von Wohnungskosten für Jugendliche, Familien und Alleinerzieher. Diese soll beschlossen werden. Es wurde umfassend in den zuständigen Gremien beraten, es gab auch zweimal entsprechende Fraktionsvorträge. Der Inhalt ist bekannt. Es geht im Wesentlichen darum, dass Jungfamilien und Paare, die zusammenziehen, eine gesonderte Förderung erhalten sollen für Betriebskosten und sonstige Bewirtschaftungskosten. Die Förderung ist einkommensabhängig, die Auszahlung erfolgt direkt durch die Genossenschaften. Ich ersuche um Diskussion.

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt bedanke ich mich bei den Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit auch in diesem wichtigen Tagesordnungspunkt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines Atommüllendlagers; Resolution an die Oö. Landesregierung und an die Österreichische Bundesregierung  
DI-Verf-326-2014

GR. Ganzert: Die Reaktorkatastrophen von Fukushima vor erst drei Jahren sowie jene von Tschernobyl 1986 zeugen für die katastrophalen ökologischen Auswirkungen der Atomtechnologie. Auch aktuelle Neubauprojekte, beispielsweise Hinkleypoint in England, zeugen vom ökonomischen Unsinn und der Unwirtschaftlichkeit dieser Technologie. Der von der Tschechischen Republik geplante Ausbau von bestehenden Atomkraftwerken sowie die Errichtung eines Atom Mülllagers in unmittelbarer Nähe zur österreichischen Staatsgrenze sind daher zu verhindern. Ich darf kurz aus der Resolution des Gemeinderates der Stadt Wels gegen den Ausbau von Atomkraftwerken und gegen die Errichtung von Atom Müllendlagern in Tschechien zitieren:

Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert die Oberösterreichische Landesregierung und die Österreichische Bundesregierung auf die rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen sowie bilaterale und multilaterale Gespräche mit allen Verantwortungsträgern zu führen, um den Ausbau bestehender Atomkraftwerke und der Errichtung von Atomendmülllager in Tschechien entgegenzuwirken. Der Tschechischen Regierung ist klar zu vermitteln, dass solche Schritte seitens der Republik Österreich entsprechend dem Beschluss des Nationalrates vom 13. November 2012 nicht geduldet und strikt abgelehnt werden.

Über die Dringlichkeit hat mein Kollege Reindl-Schwaighofer bereits zu Beginn der Sitzung ausführlich gesprochen. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte sie diesen ökologisch und ökonomischen Unsinn und der damit verbundenen Kosten und katastrophalen Gefahren entgegenzuwirken, diese zu verhindern. Ich darf mich vorweg bei sämtlichen Fraktionen für die Unterstützung herzlich bedanken und bitte um allfällige Wortmeldungen bzw. Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Stellungnahme zum Verordnungsprüfungsverfahren zur ortspolizeilichen Verordnung Campingverbot im Welser Messegelände  
DI-Verf-327-2014

Es gibt hierzu keine Wortmeldung, weshalb sofort die Abstimmung erfolgt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits bedankt sich für die rege Diskussion und erklärt diese Sitzung für beendet.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schritfführer: